Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang | Dienstag, den 16. Dezember 1919 | Nr. 610 / A 333 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.65 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Vereinsanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Streich gegen die Arbeiterräte.

Konflikt in der Reichsdruckerei.

Bei der Reichsdruckerei ist gestern eine Verfügung des Reichspostministers eingegangen mit folgendem Wortlaut:

Für die Unterhaltung von Arbeiter- und Soldatenräten können Reichsmittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Soweit daher Kosten für die Arbeiter- und Soldatenräte noch aus der Reichskasse bestritten werden, sind die Zahlungen sofort einzustellen.

Die Verfügung ist an folgende Behörden gerichtet: An die Oberpostdirektion, die Reichsdruckerei, das Telegraphenversuchsamt, das Telegraphenarbeitsamt und an das Funkbetriebsamt. Herr Helmberger, Direktor der Reichsdruckerei, gab die Verfügung in seinem Betrieb sofort bekannt und fügte folgenden Ukas hinzu:

Kosten für den Arbeiterrat können hiernach von jetzt ab nicht mehr aus der Reichsdruckereikasse gezahlt werden.

Der Obmann der Arbeitsgemeinschaft der Kopf- und Handarbeiter aus den Reichs- und Staatsbetrieben, der 28 Reichs- und Staatsbetriebe angeschlossen sind, teilt uns dazu mit:

Die Betriebsräte der Reichsdruckerei haben der Direktion erklärt, daß sie sich das nicht gefallen lassen, daß die Arbeiter vielmehr sofort die Arbeit niederlegen, wenn diese Verfügung zur Anwendung kommen sollte. Die Verfügung ist vom Reichspostminister unterzeichnet, sie besteht also nicht zu Recht, denn ein Beschluß des Reichskabinetts wird nicht angeführt. Wir nehmen an, daß ein Vorstoß gegen die Arbeiterräte bei den Einzelressorts des Reichspostministeriums versucht wird. Der Minister hat bereits vor einigen Tagen in einer persönlichen Rücksprache erklärt, daß es doch überhaupt keine Arbeiterräte mehr gäbe. Wir werden morgen beim Reichskabinett vorstellig werden, um eine Klärung herbeizuführen, ob ein Beschluß des Kabinetts vorliegt, oder ob der Reichspostminister auf eigene Faust gehandelt hat.

Wir erinnern daran, daß der Zentralrat des Herrn Cohen-Reuß, als er vor einiger Zeit seine Todesurkunde veröffentlichte, gleichzeitig bekannt gab, er verfalle zwar der Auflösung, da die reichsgesetzliche Regelung der Betriebsrätefrage durch das Betriebsrätegesetz bevorstehe, aber er habe von der Reichsregierung die Zusicherung erhalten, daß bis zum Tage des Inkrafttretens des Gesetzes die vorhandenen Arbeiterräte mit vollen Rechten weiterbestehen werden. Sofern Versprechungen der Reichsregierung überhaupt Geltung haben, so muß dieses Wort vor allem für die Arbeiterräte in den Staatsbetrieben gelten. Somit ist anzunehmen, daß der Reichspostminister Giesberts diesen Feldzug gegen die Rechte der Arbeiterräte nach eigenem Ermessen eröffnet hat. Dann hätte das Kabinett die Pflicht, den Mann sofort zu desavouieren und die Zurückziehung der Verfügung zu veranlassen.

Die 8000 Mann starke Belegschaft der Reichsdruckerei ist heute morgen zunächst in die passive Resistenz eingetreten, um den Angriff abzuwehren. 120 000 Mann, Arbeiter und untere Beamte, die in den in Berlin ansässigen Staats- und Reichsbetrieben beschäftigt sind, stehen, in der Arbeitsgemeinschaft zu einer geschlossenen Gruppe organisiert, zum äußersten entschlossen solidarisch hinter den Arbeitern und Angestellten der Reichsdruckerei.

Wir nehmen an, daß die Reichsregierung nichts versäumen wird, um den drohenden Kampf zu vermeiden. Sie darf auf keinen Fall aus Prestigegründen, um die Provokation der Arbeiter durch ein einzelnes Mitglied des Kabinetts zu decken, mitten im wirtschaftlichen Chaos, das zu beseitigen die Regierung bisher unfähig war, einen Kampf von unermeßlicher Tragweite heraufbeschwören.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

H. N. Washington, 15. Dezember.

Im amerikanischen Senat forderte Lodge den Präsidenten Wilson auf, Vorschläge für einen Ausgleich in den Fragen der Ratifizierung des Friedensvertrages zu machen. Die Republikaner wollten dann diese Vorschläge eingehend prüfen. Senator Underwood forderte die schleunige Ratifizierung zur Hebung des amerikanischen Exports und schlug vor, einen Ausschuß aus Demokraten und Republikanern zur Prüfung dieser Angelegenheit zu bilden. Senator Lodge lehnte diesen Vorschlag ab und meinte, die einzige Möglichkeit sei, daß Wilson seinen Plan zurückziehe und ihn mit neuen Vorschlägen versehen einbringe. Hierauf entspann sich eine heftige Aussprache. Zum Schluß brachte Senator Knox den gleichen Antrag ein, den er gemeinsam mit Lodge bereits im November gestellt hatte, und der die Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten verlangt.

Generalstreik der belgischen Kohlenarbeiter.

H. N. Brüssel, 15. Dezember.

Der Grubenarbeiterverband im Charleroibecken beschloß, heute den allgemeinen Streik zu verkünden. Man befürchtet, daß auch die Metallarbeiter dem Beispiel der Grubenarbeiter folgen werden. In anderen Kohlenrevieren hat man den Arbeitgebern bis zum 15. Januar eine Frist für die Erhöhung der Löhne gelassen.

Kohlenkatastrophe in Kiel.

Berlin, 15. Dezember.

Die Versorgung der Stadt Kiel mit Kohlen ist so schlecht, daß seit Sonnabend, den 13. Dezember, vom Gaswerk täglich nur noch drei Stunden Gas abgegeben werden können. Man rechnet täglich mit der Stillegung des Gas- und Elektrizitätsbetriebes, wodurch 80 000 Arbeiter brotlos werden müssen.

Die für Kiel bestimmten Kähne mit Kohlen sind unterwegs verunglückt und festgefahren, sie müssen umgeladen werden und dadurch wird sich der Transport dieser Kohlen um mindestens noch zwei Wochen verzögern.

Der Bankrott.

Amtlich wird mitgeteilt, daß das vorläufige Ergebnis der Zeichnungen auf die Sparprämienanleihe rund 3,8 Milliarden Mark beträgt. Es werden noch die Meldungen aus dem Ausland erwartet, sie können jedoch an dem Ergebnis nicht viel mehr ändern.

Die Sparprämienanleihe sollte 5 Milliarden bringen, sie ist also um ein Viertel hinter dem erwarteten Ergebnis zurückgeblieben. Der amtliche Bericht hebt hervor, daß sich eine außerordentlich große Anzahl kleiner Zeichner auf ein und zwei Stücke beteiligten. Nur 21 Prozent der Gesamtzeichnungen gehen über diese Stückzahl hinaus.

Das Zeichnungsergebnis bedeutet, daß die deutschen Kapitalisten für das Reich nichts mehr übrig haben. Zu derselben Zeit, in der die Sparprämienanleihe zur Zeichnung aufgelegt war, haben die Aktiengesellschaften ihr Kapital um Riesensummen erhöht. Die Betriebsgelder müssen verstärkt werden, da die außerordentlich gestiegenen Preise für alle Rohstoffe und die vermehrten Produktionskosten erhebliche Anforderungen an das Kapital stellen. Sie können spielend befriedigt werden, da zur Zeit flüssiges Geld genug zur Verfügung steht.

Diese Kapitalserhöhungen gehen in die Milliarden. Ihr Gesamtbetrag übersteigt jetzt schon wesentlich das Ergebnis der Sparprämienanleihe. Aber das Kapital sorgt nur für den eigenen Profit. Der Patriotismus der besitzenden Klasse hat für das „Vaterland" nichts mehr übrig, er hört dort auf, wo die Interessen des eigenen Portemonnaies gefährdet erscheinen.

Den Arbeitern wird gepredigt, daß sie ihr Letztes hingeben müßten, um Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten. Die kapitalistischen Kreise, von deren Lippen diese Predigten fließen, denken gar nicht daran, den Bankerott des Reiches aufzuhalten. Sie zeigen nur das eine Streben, sich selbst zu retten, aus der Not und dem Elend des Volkes noch die besten Verdienstmöglichkeiten zu ziehen.

Der Bankerott Deutschlands ist nicht nur nicht aufzuhalten, wir stehen schon mitten drin. Nur eine Rettung gibt es für uns, den Sozialismus. Aber die Regierung, mit der tatkräftigen Unterstützung der Rechtssozialisten, tut alles, um die Durchführung des Sozialismus zu hintertreiben. Ihre unfähige Politik vergrößert das Uebel von Tag zu Tag. Die Zeit ist nicht mehr fern, in der aus dem versteckten Bankerott der offene werden muß.

Der Kampf gegen die Wahrheit.

In seinem skrupellosen Kampf gegen die Unabhängigen und gegen die Wahrheit stellt der „Vorwärts" in seiner Morgenausgabe vom 15. Dezember eine Anzahl verlogener Behauptungen auf, die darauf berechnet sind, unsere Partei in den Augen der revolutionären Arbeiter zu diskreditieren. So lügt er frech:

Die erste Handlung der Unabhängigen in der Regierung ist bekanntlich gewesen, daß sie zu Hindenburg gingen. Sie telegraphierten an Hindenburg, er möge mit seinen bewährten Offizieren das Frontheer geordnet in die Heimat zurückführen. Nicht an die Soldatenräte, sondern an die Generale und Offiziere haben sich auch die U.-S.-P.-Volksbeauftragten mit diesem schwierigen Auftrag gewandt.

Jedes Wort ist hier eine Unwahrheit. Die unabhängigen Volksbeauftragten haben nie ein Telegramm an Hindenburg gerichtet. Beim Eintritt in die Regierung wurde ihnen von Ebert mitgeteilt, die Oberste Heeresleitung habe erklärt, daß sie bereit sei, die Truppenmassen unversehrt über den Rhein zurückzuführen und zu diesem Zwecke im Amte zu bleiben, bis die Aufgabe erfüllt sei, was etwa Mitte Dezember geschehen sein werde. Daß die Offiziere, die unsere Volksgenossen im Waffenrock in die Hölle im Westen hineingeführt, verpflichtet seien, sie auch wieder hinauszuführen, hielten wir für selbstverständlich, und da sie sich dazu bereit erklärten, bedurfte es keines Telegrammes durch uns, sie zur Erfüllung dieser Pflicht aufzufordern. Was der „Vorwärts" darüber schreibt, ist also glatt erfunden. Ebenso auch folgende weitere Behauptung des Blattes:

In der auswärtigen Politik waren es Haase und Kautsky, waren es die unabhängigen Volksbeauftragten, die dringend vor der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs mit Sowjetrußland warnten, um die Entente nicht zu verstimmen.

Schon vor einigen Wochen habe ich diese Behauptung öffentlich zurückgewiesen. Die Beziehungen zu Sowjetrußland waren vor Ausbruch der Revolution abgebrochen worden. Wir unabhängigen Volksbeauftragten haben fortgesetzt die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland gefordert. Die rechtssozialistischen Volksbeauftragten sträubten sich jedoch dagegen und wurden dabei vom Staatssekretär Dr. Solf unterstützt. Da keine Verständigung zu erzielen war, mußten wir uns zunächst damit abfinden, daß es bei dem, was war, verblieb. Aber wir haben immer wieder erklärt, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland notwendig seien. Der „Vorwärts" lügt weiter:

An der alten Bureaukratie wurde nicht das Geringste geändert, solange die Unabhängigen mit in der Regierung saßen. Unzählig sind die Verordnungen gerade der unabhängigen Volksbeauftragten, die den Arbeiterräten die Einmischung in die Rechtspflege und andere Uebergriffe untersagten.

Die Frechheit dieser Behauptung ist kaum zu überbieten. Gerade die Rechtssozialisten in der Regierung haben alles aufgeboten, daß die alte Bureaukratie in ihren Aemtern blieb, und wir haben dagegen tagtäglich mit ihnen im Kampfe gestanden. Keine einzige Verordnung gegen Uebergriffe der Arbeiterräte ist allein von uns Unabhängigen erlassen worden. Alle Verordnungen sind von allen sechs Volksbeauftragten ausgegangen, und wir Unabhängigen mußten fortgesetzt den Eifer der Rechtssozialisten zügeln, die Rechte der Arbeiterräte zu beschneiden.

Der „Vorwärts" schwindelt dann sogar:

Auch die Nationalversammlung und ihr Wahltermin ist ja von den unabhängigen Volksbeauftragten mitbeschlossen worden.

Dabei weiß jedes Kind, daß wir im Gegensatz zu den Rechtssozialisten eben die diktatorische Durchsetzung weitgehender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen forderten, bevor die Nationalversammlung zusammenberufen werden sollte, daß wir deshalb für einen späten Wahltermin eintraten, daß wir schließlich die Hinausschiebung des Termins bis Mitte Februar durchsetzten und daß der erste Rätekongreß auf Betreiben der Rechtssozialisten den Termin dann wieder auf

XX1071

einen Monat verrückte. Ihre eigene Schande suchen die Rechtssozialisten jetzt uns anzuhängen.

Der „Vorwärts" lügt wieder, wenn er behauptet:

Auf dem Gebiet der Finanzpolitik waren es die unabhängigen Volksbeauftragten Fritz Geyer und Dr. Jaffé, welche der sofortigen Beschlagnahme der Kriegsgewinne widersprachen und der Kapitalflucht ins Ausland Zeit gaben.

Nicht gegen die Beschlagnahme der Kriegsgewinne und gegen Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht ins Ausland haben sich Geyer und Jaffé gewendet, sondern dagegen, daß durch Maßnahmen der Reichsregierung in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingegriffen wurde; Geyer war sächsischer, Jaffé bayrischer Finanzminister. Die Differenzen waren also rein staatsrechtlicher Art, und es ist niedrige Demagogie, sie so umzufälschen, wie es der „Vorwärts" tut.

Da anzunehmen ist, daß die rechtssozialistische Presse im Lande den Lügenartikel des „Vorwärts" nachdruckt, habe ich es für angebracht gehalten, die Tatsachen kurz richtigzustellen, damit unsere Genossen vorkommendenfalles gebührend antworten können.

Wilhelm Dittmann.

Auf dem Wege zur Reichseinheit?

Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum haben in der preußischen Landesversammlung einen Antrag eingebracht, nach dem die Staatsregierung ersucht werden soll, sofort und noch vor Einbringung der endgültigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen einzutreten.

Begründet wird der Antrag folgendermaßen:

Durch die Reichsverfassung sind die Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat derart geschaffen worden, daß seine Errichtung nur eine Frage der Zeit, der langsameren oder schnelleren Entwicklung ist. Die ungeheure Not, in der sich das deutsche Volk befindet, die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches wie der Länder und Gemeinden, die ständig wachsenden Schwierigkeiten und Hemmnisse, die das Nebeneinander von Reichsregierung und zahlreichen Landesregierungen zur Folge hat, lassen den Versuch geboten erscheinen, die Zusammenfassung aller Volkskräfte in einem Einheitsstaat so bald als möglich herbeizuführen. In allen Schichten unseres Volkes, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, schlägt dieser Gedanke immer tiefer Wurzel, offenbart sich immer stärker die Sehnsucht nach einer Vereinigung aller deutschen Stämme in einem einzigen großen deutschen Volksstaat, in dem den einzelnen Stämmen weitestgehende Selbstverwaltung gesichert wird.

Wiederholt hat Preußen durch seine Staatsregierung und Volksvertretung zum Ausdruck gebracht, daß es bereit sei, im deutschen Einheitsstaate aufzugehen, wenn dieselbe Bereitwilligkeit auch bei den anderen Ländern bestehe. Preußen ist im Begriff, sich eine Verfassung zu geben. Als das größte der deutschen Länder erblickt Preußen seine Pflicht darin, zunächst den Versuch zu machen, ob sich nicht bereits jetzt die Schaffung des deutschen Einheitsstaates erreichen läßt.

Dieses Vorgehen ist geeignet, einige Ueberraschung hervorzurufen, denn bisher konnte man nicht den Eindruck haben, daß bei den drei Regierungsparteien der Wunsch nach einem Aufgehen Preußens im Deutschen Reiche so stark und vor allem so einheitlich sei. Die Rechtssozialisten in der preußischen Regierung besonden sich bis jetzt jedenfalls vollständig im Einklang mit ihren Geheimräten, die, schwarz-weiß bis auf die Knochen, alle Vereinheitlichungstendenzen ablehnen, weil sie ihr geliebtes Preußen im alten Glanze erhalten wissen wollen, und das Zentrum hing von jeher der bundesstaatlichen Verfassung an, da sie ihm die Durchsetzung seiner konfessionellen Forderungen besser zu garantieren schien. Was den Wandel hervorgerufen hat, ist vorläufig nicht recht erklärlich. Vielleicht beschränkt sich die Absicht der Einbringung des Antrags auf eine leere Demonstration, vielleicht auch glauben die Klerikalen, bei der vorgesehenen „Selbstverwaltung der einzelnen Stämme" noch besser zu fahren als bei dem gegenwärtigen Zustand. Eine weitgehende Provinzialautonomie der Rheinlande, Westfalens, bestimmter Teile von Schlesien und der Deutschland verbleibenden Bezirke von Posen und Westpreußen könnte den katholischen Interessen sehr wohl zustatten kommen.

Mit der Einschränkung, daß solchen Bestrebungen, die auf einen neuen und bedenklicheren Partikularismus hinauslaufen würde, ein Damm entgegengesetzt werden muß, sind wir Unabhängige selbstverständlich Freunde der einheitlichen deutschen Republik. Wünschen wahrscheinlich als die Antragsteller selbst.

Das Urteil im Lindner-Prozeß.

München, 15. Dezember.

Im Prozeß gegen Lindner und Genossen wurde heute das Urteil gefällt. Lindner wurde wegen eines Verbrechens des versuchten Totschlags und eines Verbrechens des erschwerten Totschlags zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 14 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Von dem Verbrechen des Mordes an dem Abgeordneten Osel wurde er freigesprochen. Der Angeklagte Frisch wurde wegen eines Verbrechens des versuchten Totschlags zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Beiden wurden je 4 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte Merkert wurde wegen Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat 15 Tagen, der Angeklagte Schlund wegen des gleichen Vergehens zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Beiden wurde Bewährungspflicht zugebilligt.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß Lindner und Frisch den Entschluß gefaßt hätten, den Tod Eisners an Auer zu rächen, und daß die Sprengung des Landtags beabsichtigt gewesen sei; trotzdem habe das Gericht nicht ein überlegtes Tun bei den Angeklagten angenommen. Bei Gahreis liege ein Totschlag bei Festnahme auf frischer Tat vor; der Angabe Lindners, daß er sich in Notwehr befunden habe, maß das Gericht keine Glaubwürdigkeit bei. Der Anschlag auf Auer beruhe nicht auf ein vorbereitetes Komplott, es werde vielmehr angenommen, daß er durch die Erregung über die Ermordung Eisners und durch diese dadurch hervorgerufene seelische Erschütterung, sowie auch auf die vorhergegangene Verhetzung hervorgerufen sei.

Man merkt es der Urteilsbegründung an, daß sie alles heranzieht, was zur Bejahung der Schuldfrage dienen könnte. Jedoch selbst dieses Gericht hat nicht umhin können, die Frage nach einem vorbereiteten Komplott zu verneinen.

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 15. Dezember.

Auf die Note vom 8. Dezember hat die deutsche Regierung dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz in Paris folgende Antwortnote zugehen lassen:

Die deutsche Regierung legt Wert darauf, das Mißverständnis aufzuklären, als ob sie auf Grund des einstweiligen Fernbleibens der Vertreter der Vereinigten Staaten von den im Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionen ein Recht auf Abänderung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der wegen Verletzung der Kriegsgesetze angeklagten Personen und über die Heimschaffung der Kriegsgefangenen in Anspruch genommen habe. Die Heimschaffung der Kriegsgefangenen ist von ihr überhaupt nicht in diesen Zusammenhang gebracht worden. In der Auslieferungsfrage hat sie bereits vor Empfang der gegnerischen Note vom 1. November die Gründe geltend gemacht, die eine Milderung in der Art der Durchführung des Friedensvertrags notwendig erscheinen lassen. Diese Gründe verdienen nach wie vor die ernsteste Beachtung von seiten der alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Regierung hat aber ihre Zustimmung zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages niemals von der vorherigen Regelung dieser Frage abhängig gemacht.

Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß nach der Absicht des Obersten Rates das in dem Schlußabsatz des Protokolls vom 1. November vorbehaltene Recht zu militärischen und sonstigen Zwangsmaßnahmen nur Geltung haben soll, bis durch die Inkraftsetzung des Vertrages der Friedenszustand hergestellt ist, und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen nur durch die allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie durch die allgemeinen völkerrechtlichen Verfahrensarten gewährleistet sein wird. Unter diesen Umständen fallen die von der deutschen Regierung wegen des Schlußabsatzes bisher erhobenen Bedenken fort.

Die deutsche Regierung nimmt ferner Kenntnis davon, daß nach der Absicht der Alliierten die Kriegsgefangenen, deren Freigabe nach Friedensschluß nur von der übrigens bereits erfüllten Bedingung des Artikels 231 abhängig gemacht werden könnte, sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden heimgeschafft werden sollen.

Abgesehen von den Bestimmungen, die sich auf die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow beziehen, will die deutsche Regierung gegen den Inhalt des Protokolls bei der verhältnismäßigen Geringfügigkeit der in Betracht kommenden Leistungen und in der Erwartung, daß die inzwischen erfolgten Lieferungen selbstverständlich in Anrechnung kommen, keine Einwendungen erheben. Sie legt nur Wert darauf, festzustellen, daß die gerügten Rückstände und die nach Ansicht der Alliierten vorgekommenen Verstöße gegen den Waffenstillstand nicht auf ihr Verschulden zurückzuführen sind.

In der Scapa Flow-Angelegenheit verzichtet die Deutsche Regierung darauf, die Ausführungen der diesen Gegenstand behandelnden, besonderen Note der Alliierten eingehend zu beantworten. Sie beschränkt sich auf folgende Bemerkungen:

Der vermeintliche Widerspruch zwischen den Memorandum vom 27. November und den Noten vom 26. Juni und 3. September besteht tatsächlich nicht. In diesen Noten wurde auf die Rechtsfrage nicht eingegangen. Erst das Memorandum behandelt die Angelegenheit von der rechtlichen Seite und stellt dabei diejenigen Argumente zusammen, die von einem Schiedsgericht zu berücksichtigen sein würden.

Der Sinn der zitierten Stelle aus dem

Schreiben des Admirals von Trotha

vom 9. Mai ist durch unrichtige Uebersetzung völlig entstellt. Wird die Stelle im richtigen Wortlaut und im Zusammenhang mit dem übrigen Text des Schreibens gelesen, so zeigt sich, daß es sich um die Instruktionen handelt, die den deutschen Marinedelegierten für die Verhandlungen in Versailles gegeben worden waren, nicht aber, wie die Note der Alliierten annimmt, um eine Anweisung an Admiral v. Reuter.

In dem jetzt von der britischen Admiralität veröffentlichten Befehl des Admirals von Reuter an die Kommandanten der Kriegsschiffe vom 17. Juni heißt es, daß er nur dann zur Versenkung der Schiffe schreiten würde, wenn der Feind den Versuch machen würde, sich ihrer ohne die Zustimmung der deutschen Regierung zu bemächtigen, daß die Schiffe aber übergeben werden sollten, falls die deutsche Regierung die Friedensbedingungen annähme. Dieser Befehl ist ein neuer Beweis dafür, daß sich Admiral von Reuter zu seinem Schritte nur entschlossen hat, weil er der irrtümlichen Ansicht war, daß der Waffenstillstand abgelaufen und der Kriegszustand wieder eingetreten sei. Unter diesen Umständen glaubte er nach dem für den Kriegszustand geltenden allgemeinen Befehl handeln zu müssen, der es den Seeoffizier zur Pflicht macht, sein Schiff nicht in die Hand des Feindes fallen zu lassen, ein Befehl, der übrigens auch in der britischen und französischen Marine Geltung hat.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß die Ueberweisung des Streitfalles an den internationalen Schiedshof im Haag die gerechteste Lösung gebracht haben würde. Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und die Unterzeichnung eines entsprechend geänderten Protokolls wäre dadurch in keiner Weise aufgehalten worden.

Die deutsche Regierung kann nur bedauern, wenn die Alliierten demgegenüber den Standpunkt einnehmen, daß es sich um Kriegsereignisse handele deren Regelung dem Sieger zustehe. Um jedoch, soweit es an ihr liegt, jedes Hindernis für die schnelle Wiederherstellung des Friedens aus dem Wege zu räumen, erklärt sie sich bereit, den Schaden, der den alliierten und assoziierten Regierungen durch die Versenkung der Schiffe entstanden ist, wieder gutzumachen. Sie ist aber außerstande, den Schadensersatz in der im Protokoll vom 1. November vorgesehenen Art zu leisten. Denn eine gewissenhafte Prüfung hat ergeben, daß die Durchführung der in dem Protokoll gestellten Forderungen dem deutschen Wirtschaftsleben unheilbaren Schaden zufügen und jede Möglichkeit einer Durchführung der übrigen unbestrittenen Verpflichtungen auf dem Friedensvertrage vollends vernichten würde. Die Alliierten werden nicht verlangen wollen, daß die deutsche Regierung eine derartige neue Verpflichtung übernimmt. Nach dem Inhalt der Note vom 8. Dezember sind sie selbst gewillt, eine verhängnisvolle Schädigung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands zu vermeiden. Sie haben sich bereit erklärt, in eine Prüfung dieser Frage einzutreten, sobald ihnen das Verzeichnis des deutschen Hafenmaterials übergeben sei. Die deutsche Regierung möchte den Alliierten schon jetzt diese und die sonst erforderlichen Nachweisungen übermitteln, aus denen sich ergeben wird, in welchem Maße die Erfüllung der gestellten Forderungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands lähmen würde. Sie hat eine Kommission von Sachverständigen beauftragt, den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte diese Nachweisungen vorzulegen und zu erläutern. Sie wird gleichzeitig bestimmte eingehende Vorschläge über eine Art des Schadensersatzes machen, die, wenn sie auch bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands eine neue drückende Last bedeuten, doch nicht als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar angesehen werden müßte.

Nachdem sich die deutsche Regierung grundsätzlich zu einer Entschädigung für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe bereit erklärt hat, glaubt sie erwarten zu dürfen, daß die noch immer zurückgehaltene Besatzung unverzüglich freigelassen wird.

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß es auf dem angegebenen Wege gelingen wird, sofort die Unterzeichnung des Protokolles und die Inkraftsetzung des Vertrages zu ermöglichen und damit den vom deutschen Volke wie von der ganzen Welt so heiß ersehnten Frieden zurückzuführen.

Man erinnere sich daran, daß die rechtssozialistische Presse gerade hierauf das Hauptgewicht legte. Sie hatte behauptet, daß der Anschlag auf Auer, ebenso wie sie jetzt noch mit dem Gericht zugleich behauptet, daß die Sprengung des Landtags vorbereitet war. Das erste hat selbst das Gericht als unbewiesen annehmen müssen, das zweite ist ebensowenig bewiesen. Hier steht Aussage gegen Aussage, wobei allerdings dem bürgerlichen Gericht und mit ihm dem „Vorwärts" die bürgerlichen Zeugen als beweiskräftiger erscheinen, als die Zeugen aus proletarischen Kreisen.

Die rechtssozialistische Presse, voran der „Vorwärts", versucht mit langen Artikeln über den Prozeß Lindner die Vorgänge im Marloprozeß, die Reinhard-, Kessel-, Noske-, Vogel-, Runge-, Sklarz- und die unzähligen anderen Skandale in Vergessenheit zu bringen. Das wird ihr so leicht nicht glücken. Wir haben oft genug hervorgehoben, daß wir den Mord als politisches Kampfmittel unter allen Umständen verwerfen. Das hindert uns jedoch nicht, nach den Gründen zu forschen, die zur Verübung von Schreckenstaten führen. Selbst das Münchener Schwurgericht, über dessen Klassencharakter früher unter Sozialdemokraten keine Meinung hätte herrschen können, hat anerkennen müssen, daß die Tat Lindners in der Erregung über die vorangegangene Ermordung Eisners verursacht wurde. Ein Blatt wie der „Vorwärts" hat freilich nicht nötig, die Ursachen für diese Tat zu erkunden. Wenn es sich auch diesmal um die Rechtfertigung von Mordtaten an revolutionären Arbeitern und Führern gehandelt hätte, so wäre es um eine Beschönigung nicht vorlegen gewesen. Wer unter der blutbefleckten Fahne Noskes marschiert, der muß jedes proletarische, jedes revolutionäre Empfinden verlieren, er muß zum Schrittmacher und zum Handlanger der Gegenrevolution werden.

Der Parteitag der Scharfmacher.

Auf dem Parteitag der Demokraten erging sich Herr Dr. Naschig in einem Referat, das eigentlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage gelten sollte, in den üblichen Beschimpfungen der Arbeiterschaft. Der Arbeitswille sei nicht so gewesen, wie man es gewünscht hätte, die Arbeitslosenunterstützung werde von gewissenlosen Leuten mißbraucht, bei den Eisenbahnern fehlt es an Pünktlichkeit und Ehrlichkeit. Und so weiter. Sonst kennt er nur noch einen Sündenbock: die Valuta. Von der Produktionssabotage und dem Preiswucher der Unternehmer weiß er nichts. Es klingt wie Hohn, wenn der Mann, um seine Parteifreunde über das Betriebsrätegesetz zu beruhigen, erklärt, man dürfe nicht vergessen, daß man auch „Arbeitnehmerpartei" sei. Auch-Arbeitnehmerpartei allerdings! Er könne verstehen, daß „verschiedentlich" auf seiten der Unternehmer den Grundzügen des Gesetzes zugestimmt werde, was das einzige ist, was wir ihm gern glauben wollen. Zum Schluß gibt der Herr der Regierung und Nationalversammlung ein Preisrätsel auf: sie soll ein „strenges Streikverbotgesetz" machen, aber so, daß die Gewerkschaften nicht darunter leiden. Man will die Gewerkschaften nicht bankrott machen, sondern die Arbeiter, die gegen das Streikverbot verstoßen, persönlich fassen. „Der dem Redner vorschwebende Ausweg ist so gedacht," heißt es im Bericht, „daß die Arbeitgeber auf dem Wege der Gesetzgebung gezwungen werden, eine Kaution zu stellen. Jedem Arbeiter werden wöchentlich bis 50 Proz. des Lohnes in eine Zwangssparkasse bis zu 100 Mark gelegt." Wenn das einen Sinn haben soll, so doch nur den, daß der Sparbetrag der Arbeiter verfällt, wenn sie gegen einen Schiedsspruch streiken. Das wäre eine Frechheit, wenn es nicht so blöd wäre. Der Himmel bewahre das deutsche Volk vor Gesetzgebern, die in solcher Weise die ernstesten Dinge zum Kindergespött machen.

Eine Wahrheit, vielleicht die einzige von Belang, hat Professor Troeltsch auf dem Parteitag ausgesprochen. Was gegenwärtig als neuer Geist gepriesen werde, sei weder neu noch Geist, erklärte er. Das stimmt! Aber nicht zuletzt gilt das für den angeblich neuen Geist der nunmehr demokratisch frisierten Freisinnigen, denn Scharfmacher von der Gattung Naschig und Genossen hat es schon immer gegeben.

Kessel bleibt in Haft.

Die alldeutsche Presse hat ihr Ziel, den Hauptmann Kessel aus der Haft zu befreien, bisher noch nicht erreicht. Nachdem der vom Militärgericht ergangene Haftbefehl gegen den Polizeihauptmann aufgehoben worden ist, hat der Gerichtsherr des Auflösungsstabes der Ersten Gardedivision, einen neuerlichen Haftbefehl erlassen. Kessel bleibt somit in Haft. Allerdings wird sich nunmehr ein Militärgericht mit den von Kessel verübten Verbrechen beschäftigen. Man wird gut tun, auf das Ergebnis des Verfahrens nicht allzu große Hoffnungen zu setzen. Die alldeutsche Presse behauptet schon jetzt steif und fest, Kessel habe sich keines Vergehens schuldig gemacht, er müsse sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Die „Tägliche Rundschau" meint sogar, wenn Herr von Kessel Schulze oder Müller heißen würde, so würde kein Mensch daran denken, ihn wegen Meineids zu verfolgen. Aber weil er einer der von den radikalen Parteien gehaßten Reinhardtoffiziere sei, fordere die radikale Presse seinen Kopf und der Staatsanwalt habe dieser Hetze nachgegeben.

Das ist eine ganz neue Formulierung des Begriffs Klassenjustiz. Die Richter geben demnach jetzt nicht mehr mit besonderer Schärfe gegen die sozialistische Arbeiterschaft vor, sondern gegen monarchistische Offiziere. Das ist sehr fein! Allerdings war von diesem neuen Kurs der Justiz im Marloh-Prozeß noch nichts zu verspüren. Es muß sich also um eine hochwichtige Errungenschaft der allerletzten Tage handeln. Wir werden ja sehen.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Robert Dißmann über den großen Streik.

Am Sonntag, den 14. Dezember, fand die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung vom 30. November in der Bockbrauerei, Fidicinstraße, statt, in der über den vom Kollegen Rusch gegebenen Bericht über den Metallarbeiterstreik diskutiert wurde.

Zu Beginn teilte Kollege Rusch mit, daß der Kollege Adolf Cohen in der Generalversammlung anwesend ist, ohne eigentlich eine Berechtigung dazu zu haben. Dem vom Kollegen Rusch gemachten Vorschlag, Cohen trotzdem an der Generalversammlung teilnehmen zu lassen, stimmt die Generalversammlung zu, damit dem Kollegen Cohen Gelegenheit gegeben werden sollte, seine Argumente gegen die Leitung des großen Streiks der Generalversammlung zu unterbreiten. Nachdem die Kollegen Urich, Köhler, Malschow und Hesselbarth eingehend die Ursachen des Streiks und dessen Lehren dargelegt und Abrechnung gehalten hatten mit der Haltung einzelner Führer der S. P. D. während des Streiks und nach seiner Beendigung, erhielt der Kollege Cohen das Wort.

Zur Frage der „Technischen Nothilfe" erklärte Cohen, es müsse nach wie vor in den Häfen der Streikenden liegen, ob sie kreuzen wollen oder nicht. An diesem Grundrecht dürfe nicht gerüttelt werden. Ueber die Führung des Streiks ständen sich zwei Auffassungen gegenüber. Während die eine sich an die statutarischen Bestimmungen halte, erkläre die andere die in Stuttgart gefaßte Resolution für maßgebend. Bei diesem Streik seien statutarische Bestimmungen mit Füßen getreten worden. (Zwischenrufe: Wo denn?) Er wolle nur einen großen Fall herausgreifen: Der Sympathiestreik. (Große Heiterkeit.) Er sei außerdem in der Lage, der Ortsverwaltung zirka 25—30 Fälle sträflichst zur Kenntnis zu geben. Die Verwaltung habe auch gegen den prinzipiellen Standpunkt der Generalversammlung verstoßen, keine Kollektivverträge mehr abzuschließen. Das jetzt abgeschlossene Abkommen sei schlechter als der alte Kollektivvertrag und bringe auch nicht die Ruhe in die Betriebe. Auch habe die Leitung eine Schwäche gezeigt, daß sie sich von den Unternehmern den Streik aufdrängen ließ, trotzdem bei den Kollegen keine Neigung dazu bestanden hätte. Er gebe zu, daß ein verlorener Streik kein Verbrechen sei, das man der Leitung aufhängen könne. Man könne aber auch die Schuld der S. P. D. nicht zuschieben. Das liege nicht im Interesse der Einheit der Organisation. Die ökonomischen Verhältnisse seien eben gegenwärtig stärker als wir. Zum Schluß seiner Ausführungen rief Kollege Cohen der Generalversammlung zu, sie solle sich nicht vom politischen Fanatismus leiten lassen, in unserer Organisation müsse auch Platz für politisch Andersdenkende sein, und falls sie dazu fähig sind, müßten auch sie Funktionen innerhalb unserer Organisation ausüben können. Er empfiehlt die Annahme einer in diesem Sinne gehaltenen Resolution Friedrich.

Der Vorsitzende des Hauptvorstandes,

Robert Dißmann,

beleuchtete nunmehr den Streik, wie der Hauptvorstand ihn in seiner Auswirkung beurteile: Auf der im Laufe dieser Woche stattfindenden Konferenz des Gewerkschaftsbundes werden wir Gelegenheit haben, die Kritik über den Berliner Metallarbeiterstreik entgegenzunehmen und die bestehenden Differenzpunkte klarzustellen. Für heute kann ich nur den Streik beleuchten, wie wir ihn in der Provinz gesehen haben. Für uns steht fest, daß der Berliner Streik ein vom gesamten Unternehmertum geführter Machtkampf gegen die revolutionären Berliner Metallarbeiter und darüber hinaus gegen das revolutionäre Proletariat Deutschlands war. Der Verbandstag hat sich deshalb einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Berliner Metallarbeiter in ihrem Kampf moralisch und materiell weitestgehend zu unterstützen seien, und er hat darum auch sofort die bedeutend erhöhte Unterstützung gewährt. Bei der Gesamtbeurteilung des Streiks muß man sich darüber klar sein, daß die gegenwärtige politische wie auch wirtschaftliche Situation eine völlig andere ist als die des Krieges und der ersten Revolutionsmonate. Heute fühlt sich das Unternehmertum wieder sehr stark und läßt streiken und streiken, weil es gegenwärtig kein Interesse daran hat, zu produzieren. Sehr erleichtert wird den Unternehmern dieses Gebaren durch einzelne Verordnungen des „sozialistischen" Reichsarbeitsministers Schlicke.

Das Unternehmertum ist unser Feind,

wir haben nichts mit ihm gemein und können nicht mit ihm paktieren. Cohen hat erklärt, man kann der Streikleitung über den verlorenen Streik keinen Vorwurf machen. Ich frage: Haben Sie denn diesen Streik verloren? (Zurufe: Nein!)

Nach dem mir zugegangenen Material steht fest, daß die Abwehr gelungen ist. Die von dem Unternehmertum beabsichtigte Herabdrückung der Löhne ist verhindert worden. Wenn wir bedenken, daß von den ca. 200 000 Streikenden jetzt noch ein paar Wochen nur ca. 2000 noch nicht wieder eingestellt sind, so frage ich: Sind bei früheren Kämpfen prozentual nicht meistens viel mehr Kollegen auf der Strecke geblieben. Wir haben gar keine Veranlassung, den Kopf hängen zu lassen. Wenn nicht alle Rechte der Arbeiter gewahrt worden sind, so wird nachzurufen sein, wer daran mitschuldig ist. Wer hat die „Technische Nothilfe" ins Leben gerufen und daran wirksam mitgearbeitet?

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S. P. D.

Wer hat am 2. Oktober die Streikversammlungen verboten und auf die Streikenden schießen lassen? Der sich Sozialdemokrat nennende Polizeipräsident Eugen Ernst.

Politische Auseinandersetzungen wird es in der gegenwärtigen Zeit häufiger geben; sie dürfen nicht so tragisch genommen werden. Es darf aber nicht so weit gehen, daß unsere Organisation Schaden leidet. Wenn die in der S. P. D. organisierten Mitglieder jetzt dazu übergehen, in Großbetrieben bei den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gew.-V. zusammen auf einer Liste

gegen die Listen der Freien Gewerkschaften

zu kandidieren, so ist das eine Schmach und kommt einem Verrat gleich.

Die Streikleitung soll, wie Cohen behauptet, oftmals die statutarischen Bestimmungen außer acht gelassen haben. Dem Hauptvorstand ist bis heute noch kein derartiger Fall bekannt gegeben worden. Allerdings in früheren Jahren, unter der alten Verwaltung, hat Cohen manchmal nicht so auf das Statut geachtet. Ich erinnere nur an die Vergewaltigung des Kollegen Blumenthal. Zu der von der S. P. D. eingebrachten Resolution wäre zu sagen, daß der Verbandstag in Stuttgart unzweideutig erklärt hat, neben der Fähigkeit des zu wählenden Funktionärs muß das Vertrauen für diesen vorhanden sein. Aus diesem Grunde enthält die Resolution nur Selbstverständlichkeiten, worüber nicht erst abgestimmt zu werden braucht. Der Redner zitiert einige markante Stellen aus einer im „Vorwärts" gedruckten Broschüre „Der Metallarbeiterstreik im Lichte der Wahrheit". Diese schmutzige und elende Machwerk löste bei der Generalversammlung helle Empörung aus. Am Schlusse seiner Ausführungen appellierte Kollege Dißmann an die Einsichtler Berliner Funktionäre und verspricht, daß die vom Verbandstag gegebenen Richtlinien vom Hauptvorstand im Interesse der Organisation befolgt werden. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch einige Redner gegen die Ausführungen Cohens polemisiert hatten, erklärte Kollege Rusch in seinem Schlußwort, daß er sich gefreut hätte, wenn Cohen mehr sachliches Material vorgetragen und besonders über die „Technische Nothilfe" mehr Mitteilungen gemacht hätte. Wenn die Parteistreitigkeiten so weit gehen, daß unsere Mitglieder, die in der S. P. D. organisiert sind, mit den Hirschen und Christen gegen die Listen der freien Gewerkschaften kandidieren, dann rufe ich und muß die Ortsverwaltung rufen: **Bis hierher und nicht weiter!**

Kollege Rusch stellte noch fest, daß Cohen mit keinem Worte auf die Arbeitsgemeinschaften eingegangen ist und auch nicht erklärt hat, ob sich die S. P. D.-Kollegen auf den Boden der Beschlüsse des Verbandstages stellen. Zu der von den S. P. D.-Kollegen eingebrachten Resolution gab der Bevollmächtigte Rusch im Namen der Verwaltung die Erklärung ab, daß nach den Beschlüssen des Verbandstages verfahren wird, daß also jedes Mitglied unserer Organisation Funktionär werden kann, gleichviel welcher Parteirichtung es angehört. Voraussetzung dafür sei, daß es das Vertrauen der Kollegen genieße und die notwendige Fähigkeit besitze. Er brauche aus diesem Grunde über die Resolution nicht abstimmen zu lassen. Dem stimmt die Versammlung mit mehreren 1000 gegen 85 Stimmen zu.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen machte Kollege Dißmann folgenden Vorschlag: Am Mittwoch soll eine sachliche Aussprache über die bestehenden Differenzpunkte stattfinden. Bis zur Austragung dieser Differenzen müssen die Waffen ruhen. Auch die Kollegen der A. E. G. dürfen bei den am Dienstag stattfindenden Arbeiterausschußwahlen nicht gegen die Listen der Freien Gewerkschaften stimmen. Dem stimmt die Generalversammlung einstimmig zu. Damit war die Generalversammlung am Schlusse ihrer Tagesordnung angelangt.

Preußische Landesversammlung.

Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, der die Regierung auffordert, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Reichswochenhilfe geändert werde, soweit sie mit den weitergehenden von der Preußischen Landesversammlung beschlossenen Richtlinien über die Neuregelung des Hebammenwesens im Widerspruch stehen, wurde ohne Erörterung angenommen.

Siedelungsgesetz.

Es folgte die zweite Lesung des Ausführungsgesetzes zum Reichssiedelungsgesetz. Alle Parteien traten für Annahme des Gesetzes ein. Alle Parteien hatten aber auch ihre Bedenken dagegen. Rechts kam die Neigung gegen die Enteignung mehr zum Ausdruck; links die Befürchtung, die enorme Teuerung werde das Gesetz wirkungslos machen.

Genosse Mehrhof warnte dagegen vor übertriebenen Hoffnungen. Er führte aus: Wir sind grundsätzlich Gegner der Kleinsiedelung, weil sie durchaus unwirtschaftlich ist. Der Grundcharakter des Reichsgesetzes wie der vorliegenden Ergänzung dazu ist konservativ. Nur eine geringfügige Verschiebung der Besitzverhältnisse wird es bewirken, an der von Profitsucht geleiteten Produktionsform jedoch nichts ändern.

Wir werden trotz schwerer Bedenken dem vorliegenden Gesetz zustimmen, weil es Keime enthält, die in unserem Sinne weiterentwickelt werden können. (Lebh. Beifall b. d. Unabh.) Das Gesetz wurde einstimmig in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Danach wurde unter Protest der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ohne besondere Aussprache dem Gesetzentwurf zugestimmt, der die Vereinigung der Stadtgemeinde Linden mit Hannover zum Gegenstand hat.

Dritte Lesung des Staatshaushaltsplanes.

Der größte Teil des Rechnungsjahres ist bereits verflossen, bis man jetzt endlich zum Abschluß der Etatsberatungen kommt. Viel kostbare Zeit ist auf eine Sache verschwendet worden, die vollkommen in der Luft schwebt. Und zuletzt hat man sich zu einem Parforceritt entschließen müssen, um noch vor den Weihnachtsferien zu Rande zu kommen.

Der Rechtssozialist Haußschild hielt in der allgemeinen Aussprache eine mit scharfen Worten reichlich ausgestattete Rede gegen die Konterrevolution.

Der Zentrumsabgeordnete Gronowski sprach gegen den Wettlauf um die Gunst der Wähler, sprach auch von Toleranz (!) Seine Kritik an den ungekrönten Häuptern der Republik und deren Lebensgewohnheiten, die sie in den letzten zehn Monaten angenommen haben, war allerdings vollkommen berechtigt.

Besonderes Interesse beanspruchten dann die Ausführungen des Abg. Hergt von der Deutschnationalen Volkspartei. Er führte aus: Wir werden den Etat in dritter Lesung zum Zeichen des Mißtrauens ablehnen. Die Regierung ist Parteiregierung, ist ein Teil des Systems der Mißwirtschaft. (Großer Tumult bei den Regierungsparteien.) Durch unsere Ablehnung verweigern wir keineswegs dem Lande draußen die Mittel, die es benötigt, sondern es ist der Ausdruck unseres Protests. (Gelächter.) Wir haben uns in der Abwehr gegen den äußeren und inneren Feind hinter die Regierung gestellt. Wir treiben keine Obstruktion um der Obstruktion willen. Wir haben die Arbeitsgemeinschaft, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Zwangsanleihe befürwortet. Aber wir verlangen auch die Beseitigung der jetzigen Form der Arbeitslosenfürsorge, Verzicht auf die Betriebsräte und auf Sozialisierungsexperimente. Statt dessen predigen sie die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft. Gegen wen? Gegen das gesamte Bürgertum. Das heiße ich den Klassenkampf verewigen. Sie sind rückschrittlich bis über Jahrzehnte zurück. Sie haben die ganze neue Zeit verschlafen. (Stürmische Heiterkeit.) Wir stehen auf dem Boden des geheimen, gleichen, allgemeinen und direkten Verhältniswahlrechts. (Erneuter Heiterkeitsausbruch.) Wir stehen dazu heute, morgen und auf alle Zeit. (Wiederholtes lautes Gelächter.) Wir sind nicht für eine reaktionäre Monarchie, wie man uns bezeichnet, sondern für

eine soziale Volksmonarchie.

Die Regierung ist nicht nur für die Gegenwart verantwortlich, sondern auch für das, was nachfolgt. (Minutenlanger Tumult. Abg. Hoffmann: Jawohl, das merken Sie sich mal.)

Volksaufklärung

fordern wir über die Finanzlage, über die Steuerpolitik, über die Ernährungslage. Wir wollen lieber das ganze Elend klar vor Augen sehen, als uns einem unangebrachten Optimismus hinzugeben. (Zuruf: wie wir es gemacht haben!) Preußen muß seine Interessen dem Reiche gegenüber wahrnehmen.

In den Zeitungen steht, der Belagerungszustand ist unter Widerspruch der preußischen Regierung unter dem Drucke des Reiches aufgehoben worden. Er ist heute nötiger als je. (Lebhafter Widerspruch links.) In den Steuerfragen hätte sich die preußische Regierung trotz schwerster Bedenken nicht mit einem formalen Protest begnügen dürfen.

Will man den

Einheitsstaat

verwirklichen, so darf nicht Preußen Reichsland werden, während die übrigen Staaten bestehen bleiben. (Stürmische Zustimmung rechts.) Wir beantragen, daß diese Frage dem Verfassungsausschuß überwiesen wird. Mit diesem Antrag auf Schaffung eines deutschen Einheitsstaates besorgen Sie nur die Geschäfte der Entente. Die Anhänger meiner Partei, die für den Einheitsstaat eintreten, betrachten diesen nur als möglich unter einem deutschen Kaiser! (Unruhe!) Das Deutsche Reich konnte nur durch Preußen, durch Preußens Kraft und Preußens Geist geschaffen werden. Dieser preußische Geist ist das wesentliche. Sie sollen dem alten Preußen gegenüber gerecht sein. (Langanhaltender Beifall auf der rechten Seite des Hauses und auf den Tribünen, Zischen links, minutenlange Unterbrechung.)

Minister Severing antwortete sofort „auf einige der maßlosen Angriffe". Er wies den Vorwurf zurück, nicht die Interessen Preußens vertreten und unangebrachtem Optimismus das Wort geredet zu haben. Ich habe mich bemüht, die Aufklärung dem Volke zuteil werden zu lassen, die Herr Hergt jetzt mit einem Male, wo er in der Opposition sieht, fordert. Wahr hat er gesprochen, als er von der Verantwortung der Regierung für die Zukunft sprach. An den jetzigen Zuständen, auch an der Revolution ist die Regierung schuld, der Herr Hergt angehört hat.

Die Gefahren von links

erscheinen mir genau so drohend und gefährlich wie die von rechts. Ein Finanzminister kann nur durch ungeheuerliche Anspannung der Steuerkraft zum Ziele kommen. Ich bin sogar der Ansicht, daß er damit gar nicht auskommen kann. Denn die Lasten, die uns durch den Friedensvertrag noch beschießen, werden ungeheure sein. (Zuruf rechts: Durch die Revolution!)

Nein, durch Ihre verfehlte Politik.

(Stürmische Zustimmung.) Es gilt in unserer Volkswirtschaft eine Reihe von Mitteln, die, wenn sie erschlossen werden, uns sehr viel weiter helfen können.

Es war 7 Uhr geworden. Gegen den Vertagungsvorschlag des Präsidenten erhob sich Widerspruch. Nur die Rechtssozialisten stimmten dafür, das bedeutete Ablehnung. Infolgedessen kam Genosse Rosenfeld noch zu Wort. Dieselben Abgeordneten, die eben für Weitertagung gestimmt hatten, gegen es nun aber vor, das Haus bis auf spärliche Ausnahmen zu verlassen.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld

führte aus: Wir lehnen den Etat ab. Einer Regierung des Belagerungszustandes können wir keine Mittel bewilligen. Der Regierung werfen wir vor, die Reaktion großgezogen zu haben, nicht energisch genug die Partei des Herrn Hergt bekämpft zu haben. Es ist allerdings mehr als eigentümlich, was Herr Hergt heute hier ausgeführt hat. Man wirft uns vor, den Deutschnationalen Handlangerdienste zu leisten. Ganz zu unrecht. Wenn wir den Etat ablehnen, dann aus ganz anderen Gründen. Sollte es um den

Bestand der Republik

gehen, werden wir selbstverständlich mit allen Kräften gegen die Reaktion vorgehen.

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft dient zur Verwirklichung des Sozialismus.

Gegen die Klassenherrschaft richtet sich die Einheitsfront. (Sehr wahr! bei den U.-Soz.)

Die Erklärung zum allgemeinen Wahlrecht von den bisherigen schärfsten Gegnern dieses Wahlrechts nimmt sich sehr sonderbar aus. (Ab. Hoffmann: sie gilt bloß, bis die Monarchie wieder da ist.) Es sind in der Tat Bestrebungen im Gange,

ein neues „Herrenhaus"

vorzubereiten. Gegen solche Versuche werden wir uns mit aller Schärfe wenden.

Den Satz: die Regierung ist nicht nur für die eigenen Taten, sondern auch für das, was daraus folgt, verantwortlich, wollen [illegible] merken. Damit hat Herr Hergt seiner Regierung das [illegible]rste Urteil gesprochen. Bezeichnend ist aber, daß seine Partei sich hinter die Regierung stellen will, wenn es den Kampf gegen links gilt. Die Regierung wird geführt im Interesse der besitzenden Klassen.

Wie die Koalition zu arbeiten gedenkt, hat

Minister Heine

klärlich verraten, der die Verfassungsvorlage nicht eher einbringen will, bis eine Verständigung unter den Mehrheitsparteien herbeigeführt ist. Erst soll also hinter den Kulissen der Kuhhandel abgeschlossen werden. So sieht der „Parlamentarismus" aus. Das bedeutet für die Rechtssozialisten die Preisgabe des letzten Scheins von Sozialismus, wenn sie derartige Techtelmechtelei mitmachen und mit den Rechten des Volkes Schindluder treiben.

Wir waren der Meinung, mit dem 9. November 1918 müsste auch die Kleinstaaterei zu Ende sein. Es scheint aber, als ob in der Frage des Einheitsstaates Meinungsverschiedenheiten im preußischen Kabinett bestünden. Wir messen den Einzelstaaten

keinerlei Existenzberechtigung

bei, deshalb werden wir dem Antrag der Mehrheitsparteien zustimmen.

Wir bedauern, daß von keinem einzigen Redner hier im Hause bisher auch nur ein Wort des Mitleids für die

zweiunddreißig Opfer des Noskeschen Gewaltregiments

gesprochen worden ist, kein Wort des Abscheus für die Tat, kein Wort der Empörung über das Urteil.

Dieses Urteil zwingt zu

Vergleichen mit den Urteilen gegen Revolutionäre.

In dem Marloh-Prozeß sind Bestialitäten festgestellt worden, wie sie schlimmer nicht vorgestellt werden können. Aus den zahllosen Beispielen dafür, will ich nur daran erinnern, daß Marloh zugestanden hat, es seien wiederholt

Revolutionäre durch Abschneiden der Kehlen „erledigt"

worden. (Entrüstetes Pfui!) Schuld an allen diesen Dingen ist der Reichswehrminister Noske und schuld sind die Rechtssozialisten, die zu verantworten haben, was ihre Vertrauensleute an Verbrechen aufführen.

Interessant ist, wie der Rechtssozialist Noske mit der

Immunität der Abgeordneten

umspringt. Als ich damals auf die Verhaftslisten hinwies, die gegen die unabhängigen Abgeordneten beständen, wurden sie abgestritten. Jetzt ist meine Behauptung gerichtsnotorisch erwiesen. Ich habe auch den Ministerpräsidenten Hirsch vor den Kommissar für Sicherheit und Ordnung Strauß gewarnt. Jetzt ist es erwiesen, daß ich recht hatte, denn der Mann hat selbst die Pässe gefälscht.

Wir rufen: nieder mit einer Regierung, unter der solche Dinge möglich sind. Ein Vergleich mit dem Marloh-Prozeß drängt sich auf bei den

Spandauer Vorgängen,

wo nicht etwa gegen die Revolverhelden, sondern gegen drei unglückliche Opfer vorgegangen werden soll.

Unser Redner stellte der heutigen Form der Klassenherrschaft Ziel und Wege unseres Aktionsprogramms entgegen. Er schloß mit den Worten dieses Programms.

Als er geendet hatte, verlangte unsere Fraktion Weitertagung. Auf einmal bezweifelte Präsident Leinert die Beschlußfähigkeit. Aber er mußte sich überzeugen lassen, daß Abstimmung nötig war. Die sich gegen unsere Fraktion aus- [illegible]

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Uhr: Peul Lange und Tora Parsberg.

Opernhaus
Uhr: Tiefland.

Schauspielhaus
Uhr: Peer Gynt.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
Zum ersten Male:
Uhr: Und Pippa tanzt

Kammerspiele
Uhr: Advent

Großes Schauspielhaus
Karlstraße.
Uhr: Orestie (1. Abtlg. 1. Abd.)

Direktion
Karl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
..: Schloß Wetterstein
..: Schloß Wetterstein
..: Schloß Wetterstein
..: Ein Traumspiel.
..: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
8 Uhr: „Sie"
Mittwoch: „Sie"
Donnerstag: „Sie"
Freitg. Liselott v. d. Pfalz
Sonnabend: „Sie"

Berliner Theater
Uhr: **Bummel-Studenten**
Mittwoch, nachm. 3 Uhr Wohltätigkeits-Vorstellung zu Gunsten der notleid. Wiener Kinder, die wieder leuchten. Billetts an der Theaterkasse und Deutscher Heimverband, Potsdamer Straße 65.

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
..., bis Dstg. 7½: Pygmalion

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½: **Cyprienne**
Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, Erich Walter).

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Evchen Humbrecht
Mittwoch 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonnab. 4 U.: Hänsel u. Gretel.

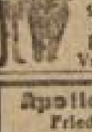
Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade
Von Ludwig Fulda
Mittw. 4 Uhr: Schneewittchen.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr.
Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Aufz.
Vorher: Erstkl. Spezialitäten.
Viktor Litzek in dem Sketch „Erwischt".
Sonntag 3½ Uhr:
Die sündere Kleeblatt.

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die Dame vom Circus

Rose-Theater
Erstaufführung:
7½ Uhr: **Rose Frommhold.**

Walhalla-Theater
7½ Uhr: **Am goldenen Horn**


Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Leipziger Sänger.
Blüthgen-Saal
Vorv. 11-1½ u. 4-6 U.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich 7½
Sonntags 3½ u. 7½:
Unübertreffliches Varieté-Programm!

Wintergarten.
Täglich 7½ Uhr
Vorfeiervorstellung
Rauchen gestattet.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstrasse 12c
Bis einschl. Donnerstag
Die Juwelenmarder von San Francisco
5 Akte aus dem Tagebuch des berühmten Detektive Nic Carter
Ferner:
Wehrlose Opfer
Kriminalroman in 4 Akten mit
Leontine Kühnberg
6½ und 8½

Schaubühne Moritzplatz
früher Buggenhagen
Die großen Ringkämpfe um alle Meisterschaften
Gesamtpreise 15000 Mk.
Heutige Kampfpaare siehe Anschlagsäulen!
Vorher, ausserdem, ein Riesen-Varieté-Progr.
Anfang 7.30 Uhr.

Politische
Couplets
Lieder und Gesamtspiele
Theaterstücke
Preisliste 274 verlangen.
Rich. Lipinski, Leipzig,
Königstr. 22. Fernruf 2309.

Unterricht in russischer Sprache erteilt Russe an Genossen. Offerten „Sch." Freiheit-Spedition Neukölln, Neckarstraße.

Zigaretten
staunend billig!!
Ständig großes Lager
Th. Jobst
Roßstraße 19/20

Eichhofbauer
Volks-Varieté
Warschauer Straße 34/36
Täglich
erstklassige Varieténummern
dann die neue Burleske
Der Bauerngraf.

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Grösste Rücksicht.
Einzelne Möbel werden bereitwilligst abgegeben.
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr,
Müllerstraße 7, eine Treppe
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Sonntags geöffnet

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. grossen Publikums!
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9—8 Uhr.
Bisher gegen 120 000 Ratsuchende.

Isolierte Kupferleitungen
und blanke kauft ständig jeden Posten gegen Kasse
Elektromotoren jeder Größe und Spannung.
Bauer, W35, Schöneberger Ufer 33
Lützow 9856.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- und Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. bitten zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstr. Nr. 7, 6 u. 186, nahe Rosenthaler Platz, bei
Möbel-Lechner Haupteingang Brunnenstr. 7.
Geöffnet von 8—6.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147 1. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10—12 und 4—9, Sonntags 10—12

Vor Verkauf von
Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)
anrufen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstr.
Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor)
Moritzpl. 1.888

Ueber Tagespreis zahlt
für **Platin, Gold, Silber,**
Platinzähne nicht unter **6,50 Mark**
Frau **Linke, Blücherstraße 40**
Port. II. 2 Treppen. 8—8 Uhr.

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8. Sonntags 9-1.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag. Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. :: :: :: Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Straße 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1.

Gold In jeder Form und Menge auch Zähne **kauft**
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstr. 16
am U.-Bhf. Friedrichstr.
Platin für hohen Preis!
Alexanderstraße 14a. Charlottenburg, Stuttgarter Platz 3. Tauentzienstraße 6. Schöneberg, Grunewaldstraße 15. Kottbuser Damm 24.
Achtung! Kein Laden!
Geöffnet von 9—6 Uhr.
Silber

Platin, Gramm 120,— Mk.
Platin-Zähne nicht unter **7,— Mk.**
Alte Gebisse bis 1000 Mk.
Gold, Silber, Münzen kauft
Frau **Knuth,** Zionskirchstraße 54, vorn II

Zähne mit echtem Friedenskautschuk von 4 Mark an.
Teilzahl. Zahnziehen m. Einspr. fast vollst. schmerzlos. Goldkronen von 30 Mk. an. Zähne ohne Gaumenplatte. Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse. Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55
Hochbahn Bülowstr. Telephon Kurfürst 9764.

Briefmarken, Münzen
kauft
Großmann, Johannisstr. 4
Norden 10 621.

Prozesse, Rat, Beistand, mit Preis, Teilzahlung, Ehe-, Alimente-, Strafsachen, Landesgerichtsrat Dr. v. Kirchbach
Alexanderstr. 45. Gesellsch. ... Beobacht., Mitw., namh. Juristen. ... Vertrauenssachen

Alte Gebisse
Bitte Annoncen vergleichen, wer den höchsten Preis zahlt!
Gewöhnl. Platin-Zahn nicht unter M. 7.50
Platin, Gramm Mark 125.50 (nicht bis)
Platin-Stift- und Plattenzähne nach dem Platin-Gewicht!
Für arme Wiener Kinder zahle außerdem:
Auf Zähne 5% — auf Platin 1% Zuschlag (nicht bis).
Ich zahle den Betrag voll aus und überlasse es Ihnen, diesen Zuschlag — viele wenige machen ein Viel — zu überweisen.
Ankauf: Berlin W, Krausenstr. 56, 58, Zimmer 1 pt. (Hotel).
Täglich 10—4 Uhr. Vogler, Berlin.

Weihnachtsferkel
100 Stück 42 Mark an
Schwarzenauer, ... Hof I. Gelbe Schilder. 8—7 Uhr.

Stube u. Küche, wenig gebraucht, 1500 Mk., verkauft Huttenstraße 6, im Laden.

Zahngebisse! Platinabfälle Goldsachen, Silbersach., sämtl. Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christianst. **Köpenicker Straße 20 a** (gegenüber Manteuffelstraße).

Unüberbietbare Preise neue Spiralbohrer, Feilen zahlt Seiller, Charlottenbg., Herderstraße 1. Gh. 4.

Mollige Schuhe
für das Haus in Filz, Kamelhaar und anderen warmen Stoffen für Damen, Herren u. Kinder
gut und preiswert
Leiser

WEIHNACHTS-PRÄMIE für die Abonnenten der „FREIHEIT"
Um unseren Abonnenten die Anschaffung des soeben erschienenen
Prozeß Ledebour gebunden 25.— Mark
zu erleichtern, liefern wir bei gleichzeitiger Rückgabe oder Einsendung der Dezember-Quittung bis zum 24. Dezember d. Js. das Werk mit
20 Mark.
Buchhandlung der „Freiheit", Schiffbauerdamm 19
Bestellungen nehmen auch unsere Zeitungsexpeditionen entgegen.

Arbeitersekretär
für das Gewerkschaftskartell Bernburg zum sofortigen Antritt gesucht.
Reflektiert wird auf eine erste Kraft. Derselbe muß die sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen vollständig beherrschen.
Bewerbungen, belegt mit den nötigen Nachweisen, sind bis zum 20. Dezember 1919 an Otto Mathias, Bernburg, Leopoldstraße 9, zu senden.

Botenfrauen stellt ein:
Spedition: **Barisch,** Tempelhof, Werder Str. 30.
" **Spickermann,** Pankow, Mühlenstr. 20.
" **Gerhard,** Karlshorst, Aug.-Viktoriastr. 88.
" **Losch,** Niederschönhausen, Kaiserweg 10.
" **Hackbarth,** Michaelkirchplatz 2.

Charlottenburg!
Botenfrau für Windscheid-, Suarez-, Witzlebenund Kantstraße sucht sofort Spedition Lorenz, Wallstraße 68.

Händler auf Christbaumschmuck Kerzen und Geschenkartikel sucht Ittrich, Alexanderstr. 32.

Reparaturen Separaturen
Haas Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7

Solange Vorrat reicht Damen- u. Herren-**Pelzkragen** nur 46 M.
Prachtvolle Opossum-Kragen
Rotfuchskragen 103.
Entzückender Kragen ...
Große Pelzfutter für Herren- u. Damen-Mäntel **nur 90 M.**
Einz. Felle Stck. 12 M.
Pelzwaren-Haas
Rosenthaler Str. 40/41 und Invalidenstraße 1 Ecke Brunnenstraße.

Spiralbohrer u. Metalle kauft Schlosserei Gräbenerstraße 3, parterre. Dominicusstr.

Spezial-Arzt
Dr. med. Lommer.
Geschlechts-, Haut-, Frauenl.
Beste Erfolge mit Höhensonne.
Behdl. o. Berufsstör. Teilzhl.
Brunnenstr. 186, Sprechz. 9-1, 4-8, S. 9-12.

Spiralbohrer,
Metalle, Motore kauft jeden Posten Schlosserei, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 7.

Schwere fette Gänse Pfd. 12.50 bis 18.55
Stückenfleisch . . Pfd. 8.89 M.
pa. fett. Ziegenfl. Pfd. 4.95 M.
fette Ziegenbouillon Pfd. 9.50 an
pa. fette Masthuhn Pfd. 9.95 an
Mastputen . . . . . Pfd. 9.95 an
fette geräuch. Rügenwald. Spickbrust Pfd. 28.90 M.
fette gr. ger. Keulen Pfd. 19.95 M.
Tasche's Geflügelhaus
Berlin, Belle-Alliancestr. 96
Charlottbg., Kais.-Friedr.-Str. 43
Wilmersdorf, Bernhardstr. 15 a.

Platin! Gold! Silber! Brillanten!
Zahngebisse!
Unmodernen Schmuck!
kauft zu str... und hohen Preisen
Kokoski Brunnenstr. 1(?) (Humboldthain)

Metallkontor Berlin SW 68 :: Tel.: Moritzplatz 1288
Höchste Preise über Tageskurs
zahlt für
Platin-
Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmucksach., Blitzableiterspitzen.
Gold-
Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold,
Silber-
Barren, Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel
nur
Metallkontor
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 193
am Halleschen Tor
— Gegründet 1903 —
Tel.: Moritzpl. 1288
Tel.-Adr.:
Metallkontor
Berlin SW 68.

BORAXIL
Preisausschreiben.
1. Otto Lange, Neukölln, III. Preis 100 M.
Statt Auslandsseife durch 'nen Schieber,
Nehm' deutsches Boraxil ich lieber.
2. F. Kortholt, Friedenau, V. Preis 20 M.
Wenig Arbeit — Freude viel.
Wennste wäscht mit Boraxil.
3. W. Fritsch, Berlin W, Trostpreis 5 M.
Mit Boraxil wird Wäsche klar,
Wenn grau sie, wie ein Putztuch war.
4. F. Welzer, Berlin W, Trostpreis 5 M.
Wäschst' in der Panke oder im Nil,
Rein wird's nur mit Boraxil.
5. A. Hinze, Neukölln, Trostpreis 5 M.
Verwende Boraxil beim Waschen,
Die Wirkung wird Dich überraschen.
6. Frau Kroppe, Berlin, IV. Preis 50 M.
Madam', jeb'n Se sich keene Mühe, —
Keen Boraxil im Haus? Ick ziehe!
7. Alice Fürst, Karlshorst, Trostpreis 5 M.
Nehmt Boraxil und staunend seht,
Wie selbst der größte Schmutz vergeht.
8. Alfred Wagner, ..., V. Preis 20 M.
Ick muß jeden Abend 'n Hemd mir borgen,
Denn Boraxil macht doch die Wäsche zu schoen.
9. G. Marwitz, Königsberg, Trostpreis 5 M.
Das einzig Schöne, Gute, Wahre,
Ist Boraxil in diesem Jahre.
10. A. Prahl, Schöneberg, Trostpreis 5 M.
Das Waschen macht jetzt frohen Mut,
Denn Boraxil ist wirklich gut.
11. Mart. Robehl, Friedenau, Trostpreis 5 M.
Was früher Arbeit, heut ist's Kinderspiel,
Wer seine Wäsche liebt, nimmt Boraxil.
12. Emmi Bölze, Berlin S, Trostpreis 5 M.
Die Not um Seife hat ein Ende,
Seitdem ich Boraxil verwende.
KRISCH GESELLSCHAFT m. b. H. BERLIN.

Auf **Kredit**
Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
sow. einzel. Möbelstücke zu billigsten Preisen.
Kleinste Anzahlung
Bequemste Abzahlg.
Größte Rücksicht
A. Stein
Oranienstraße 1
...

Platin
Silber
Quecksilber
Kupfer
Messing
Sämtl. Altmetalle
Zahngebisse
kauft zu allerhöchsten Fabrikpreisen
in unseren 4 Einkaufsstellen
Edelmetallschmelze „Cohn"
1) Brunnenstr. nur **11** (am Rosenthaler Platz)
2) **Fennstr. 48** am Weddingplatz
3) **Bahnhofstr. 2** Ecke Schöneberg. Str. am Anhalter Bahnhof
4) **Neukölln,** Kaiser-Friedrich-Strasse 220 (nahe Hermannplatz).
Tel.: Norden 1353 Moabit 2384 Neukölln 1819

Kupfer!
Messing! Quecksilber! sämtl. Metallabfälle! Platin! Silber! Zahngebisse! kauft zu höchst. Schmelzpreisen
Schmelze Baruch
nur **Dousselstr. 29,**

Messing
Kupfer, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen
Metallschmelze „Boldes"
WEIDENWEG **72**
am Bellenplatz.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen
Dynamo-u. Klingeldrähte kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2115.

Platina, Gramm 120 Mk.
Gold, Silber, Zahngebisse bis **1000 Mk.**
Zähne, Pl., nicht unter **6,50 Mk.**
kauft
Hausdorf, Pallisadenstr. 11
vorn 2 Treppen.

Facharzt
Dr. Meyenberg
für
Geschlechtsleid.
11—1, 5—7
Potsdamer Str. 27 b.
Damenzimmer.

Gewerkschaftliches.

Der Streik bei der Firma Wertheim.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der Streikenden, die am Montag nachmittag im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde von der Kommission, die am selben Tage eine Verhandlung mit der Geschäftsleitung hatte, Bericht erstattet. Die Geschäftsleitung blieb auf ihrem Herrn-im-Hause-Standpunkt bestehen und versuchte, die einzelnen Gruppen zu trennen. Auf dieses durchsichtige Manöver ließen sich die Arbeitnehmer nicht ein. Der Arbeitgeber-Verband befaßte sich ebenfalls am Montag mit dem Streik. In der Diskussion kam die Entschlossenheit der Streikenden zum Ausdruck. Der Kommission wurde das Vertrauen ausgesprochen und einmütig wurde beschlossen, solange im Streik zu verharren, bis die Forderungen durchgesetzt sind. Die Firma hat bekanntgegeben, daß alle Streikende, die bis heute nachmittag 8 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen haben, entlassen sind.

Zur Lohnbewegung in den Groß- und Dampfwäschereien.

Alle bürgerlichen Zeitungen, voran die „B. Z.“, bringen täglich längere Berichte über den Lohnkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Dampfwäschereien, die zum größten Teile den Tatsachen nicht entsprechen. Wie es doch nun einmal der Fall ist, ist die Entlohnung der Arbeiterinnen so gering, daß selbst Wäschereibesitzer zugegeben haben, und das soll hier mit ihren eigenen Worten wiedergegeben werden, daß die Frauen damit unmöglich auskommen konnten und gezwungen waren, abends „auf den Strich“ zu gehen. Diese Veröffentlichung verletzt sogar das öffentliche Feingefühl in hohem Maße, aber es ist so ausgesprochen worden. Bei einer solchen Denkart ist es auch kein Wunder, wenn Unternehmer wie der Besitzer der Dampfwäscherei und Maschinenplätterei in der Chausseestraße 6, Herr Hans Höchster, seinen Angestellten bei Strafe der Entlassung verbietet, einer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören.

Es ist so oft eine Erhöhung der Wäschepreise eingetreten, daß sich das Publikum wohl in dem Glauben befindet, die Löhne wären gleichfalls dementsprechend erhöht worden. Aber weit gefehlt, sie standen noch weit unter dem, was selbst von Regierungsseite als Existenzminimalsatz für einen Menschen festgesetzt ist. Wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter als letztes, verzweifeltes Mittel zum Streik gegriffen haben, so darf dies die Oeffentlichkeit nicht wundern. Die Streikenden sind aber auch fest entschlossen, an ihren Forderungen unter allen Umständen festzuhalten, zumal die Lohnsätze durch Schiedsspruch vom Schlichtungsausschuß festgelegt worden sind.

Donnerstag abend fand in den Arminsälen eine Versammlung sämtlicher Vertrauensleute statt, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die in den Arminsälen versammelten streikenden Wäschereiarbeiter und -Arbeiterinnen geloben einmütig, von ihren berechtigten, vom Schlichtungsausschuß zugestandenen 60½ Prozent Lohnerhöhungen festzuhalten, zumal da die Wäschereibesitzer sehr wohl in der Lage sind, dieselben zu bewilligen. Die Arbeiterinnen sind fest entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen restlos durchgesetzt sind.

Der Kampf verspricht um so mehr erfolgreich zu werden, da sich sämtliche Berliner Wäschekutscher dem Streik angeschlossen und somit gleichfalls einmütig ihrer Solidarität Ausdruck gegeben haben.

Versammlung der Zuschneider in der Herren- und Knabenkonfektion.

Die Leitsätze für die kommenden Tarifverhandlungen wurden in einer gutbesuchten Versammlung der Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren- und Knabenkonfektion am Montag besprochen. Die vorgebrachten Wünsche und Anträge sollen möglichst bei den Verhandlungen berücksichtigt werden. Unbedingter Schutz für Vertrauensleute und Betriebsräte wurde wiederholt gefordert. Die Höhe der einzureichenden Lohnforderungen wurde nicht festgelegt, weil bei den jetzigen rapiden Preissteigerungen die Verhältnisse zur Zeit der Verhandlungen ausschlaggebend sein müssen. Der Branchenleiter Fischer teilte des weiteren mit, daß die Verhandlungen in der Knabenkonfektion abgebrochen sind und der Schlichtungsausschuß angerufen worden ist.

Gehaltsbewegung der Versicherungsangestellten.

Die auf Beschluß der Delegiertenversammlung vom 11. cr. am Sonnabend vormittag 10 Uhr in allen Betrieben abzuhaltenden Betriebsversammlungen, in welchen zu dem ablehnenden Bescheide der Arbeitgeber über den Beginn der Tarifverhandlungen Stellung genommen werden sollte, haben stattgefunden. Ueber die Abhaltung der Betriebsversammlung der Viktoria berichteten wir schon Sonntag. In sämtlichen Betrieben ist fast einstimmig der Z. D. A. erneut mit den alleinigen Tarifverhandlungen beauftragt.

Bezeichnend für die Haltung der Arbeitgeber ist es, daß sie die Abhaltung der Betriebsversammlungen mit allen möglichen Mitteln zu verhindern suchten. Den Kollegen in den Angestelltenausschüssen ist mit Entlassung, Anzeige wegen Hausfriedensbruchs usw. gedroht worden. Man sieht, die Unternehmer lassen nichts unversucht, die Tarifverhandlung zu verschleppen, indem sie sich hierzu der gemeinsten Mittel bedienen.

Bezüglich der irreführenden Notiz in der „Volkszeitung“ ist zu bemerken, daß eine ganz kleine Minderheit der Viktoriaangestellten (ca. 150 Angestellte) im Gewerkschaftsbund vereinigt ist. Jene haben die dort zitierte Resolution gefaßt: Die 5—6000 auf dem Tempelhofer Feld versammelten Viktoria-Angestellten (einschließlich Einnehmer) haben den Z. D. A. mit dem Tarifabschluß betraut. Das dürfte also genügen!

Streik der Filialleiterinnen bei der Firma Meyer.

Nach den gestrigen Verhandlungen mit den sechs Tochtergesellschaften der Firma Meyer über ein Tarifabkommen für die Filialleiterinnen, die zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben, haben diese abends in einer Versammlung in den Sophiensälen den Streik beschlossen. Wir bitten das arbeitende Publikum, Solidarität zu üben und bei den Filialen dieser Firma nicht zu kaufen.

Zentralverband der Angestellten.

Versammlung der Berliner Musiker.

Am Montag wurde in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, daß ab 1. Januar der Ortszuschlag um 25 Pfg. erhöht werden soll. Der Beitrag beträgt dann also 1,50 Mark. Weiter wurde beschlossen, daß der Arbeitsnachweis-Vorsteher berechtigt ist, Doppelbeschäftigte aufzufordern, für einen Tag in jeder Woche ein geeignetes erwerbsloses Mitglied als Vertretung zur gleichen Gage anzunehmen. Streikenden ist in gleichem bzw. erweitertem Maße entgegenzukommen. Der Tarifvertrag mit den Berliner Kaffeehaus-Besitzern ist gekündigt.

In einer Versammlung der anläßlich des Metallarbeiterstreiks noch ausgesperrten Transportarbeiter am Montag wurde mitgeteilt, daß anläßlich der Weihnachtsfeiertage den Ausgesperrten eine Extraunterstützung ausgezahlt wird. Die Gelder wurden durch Sammlungen aufgebracht. Mit Einverständnis der Ledigen wurde beschlossen, daß diese 5 M. weniger als Verheiratete erhalten sollen. In der A. E. G. Hennigsdorf werden die Obleute nicht eingestellt, weil nach Aussage des Direktors die Belegschaft schon so radikal genug sei. Aus der Versammlung wurde angeregt, daß einzeln gegen die verschiedenen Firmen der Klageweg beschritten werden soll. Der Verband setzt sich außerdem mit den Firmen, von denen noch Arbeiter ausgesperrt sind, in Verbindung, um ihre Einstellung durchzusetzen.

Metallarbeiterverband. Vertrauensmännerkonferenz der Maschinenschlosser findet am Donnerstag, den 18. d. Mts., abends 7 Uhr, im Rosenthaler Hof, statt. Die Branchenleitung.

Musikinstrumentenarbeiter. Mittwoch, abends 5 Uhr, findet im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147, eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsausschüsse statt. Auf der Tagesordnung steht: Die Verhandlungen mit den Unternehmern.

Siemenskonzern. Die ausgesperrten Kollegen werden ersucht, zu der Versammlung am Dienstag vormittag, Kolberger Straße, ihr Karten, Bücher und Zettel mitzubringen.

Groß-Berlin.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Die Verbandsgeneralversammlung findet am Sonntag, den 21. Dezember, vormittags ½10 Uhr, im Lokal Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242/246, statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag über den Parteitag. 2. Wahl eines Schriftführers.

Zu dieser Generalversammlung behalten die Delegiertenkarten, herausgegeben für Sonntag, den 14. Dezember, Germania-Säle, Gültigkeit. Gastkarten hierzu werden nicht ausgegeben.

J. A.: Weise.

Achtung! Arbeiterräte! Achtung!

Am Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, findet in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21, eine Vollversammlung der Arbeiterräte statt.

Tagesordnung:

Die Zukunft der Arbeiterräte.

Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das vollzählige Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte.

Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins.
R. Müller. J. Heinen.

Arbeiterräte der U. S. P. D.!

Am Mittwoch, den 17. 12., abends 6 Uhr, findet in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6, eine Fraktionssitzung sämtlicher Arbeiterräte der U. S. P. D. statt.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Arbeiterräte, pünktlich zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand.
J. A.: Otto Koch.

Kommunale Arbeiterräte der U. S. P. D.!

Die heute nachmittag angesetzte Sitzung des Fraktionsvorstandes der kommunalen Arbeiterräte findet nicht heute, sondern Freitag, den 19. Dezember, nachmittags 4½ Uhr im selben Lokal statt.

Der Fraktionsvorstand
gez. Wahls.

Ein Elternmörder.

Das furchtbare Verbrechen in Gransee hat jetzt durch das Geständnis des unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommenen 17 Jahre alten Sohnes Erich des ermordeten Abdeckereibesitzers Koller seine Aufklärung gefunden. Die Berliner Kriminalbeamten, die an Ort und Stelle die Ermittelungen zur Aufklärung der schweren Bluttat anstellten, waren im Laufe der Untersuchung zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Komplott handelt, in dessen Händen der Mörder, der Sohn des Abdeckereibesitzers Koller, nur ein willenloses Werkzeug war. Anstifter zu dem dreifachen grauenvollen Mord waren die Braut des jugendlichen Mörders, die Arbeiterin Johanna Helgert, deren Bruder Hermann und deren Mutter. Alle drei wurden gestern nachmittag in Rauschendorf, wo sie wohnten, verhaftet. Auf deren Grundstück wurden auch noch allerhand Sachen gefunden, die aus dem Kollerschen Hause nach Ausführung des Familienmordes unter Beihilfe der Verhafteten geraubt worden sind. Nachdem der junge Koller bisher immer noch geleugnet hatte, das Verbrechen verübt zu haben, gestand er gestern nachmittag endlich den beiden Kriminalwachtmeistern in einem Kreuzverhör, bei dem sie ihm das Er-

---

59)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Achtzehntes Kapitel

Jimmie Higgins springt ins Wasser

I.

Als Jimmie eines Abends zu den Meißners heimkehrte, erwartete ihn dort eine höchst erfreuliche Nachricht: Genosse Stankewitz war in Leesville. Der Mann, welcher den Zigarrenladen gekauft hatte, säumte, seine Schuld zu begleichen, und Stankewitz hatte drei Tage Urlaub erhalten, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. „Erstiebt famos aus,“ bemerkte Meißner, und nach dem Abendbrot eilte Jimmie in den Tabakladen.

Noch nie hatte Jimmie einen Menschen derart verändert gesehen; er vermochte seinen alten Freund kaum zu erkennen. Die Runzeln, die Stankewitz ältlich gemacht hatten, waren verschwunden, seine Schultern waren nicht mehr gebeugt, er schien schier gewachsen zu sein; mit gebräunten, frischen Wangen deuchte er ein neuer Mensch. Jimmie und er hatten in früheren Tagen bisweilen zum Scherz miteinander gerungen, wie dies junge Männer gerne tun; sie hatten einander die Hände zusammengepreßt, um zu sehen, wer es am längsten aushalte. Auch jetzt versuchten sie dies, doch brüllte Jimmie nach dem ersten Druck auf.

„Was glauben Sie,“ rief Stankewitz, „ich habe zwanzig Pfund zugenommen — zwanzig Pfund! Arbeiten muß man wie der Teufel, aber man wird ordentlich verpflegt. Nirgends sonst bekommt man so anständiges Futter.“

„Sie sind zufrieden?“ fragte Jimmie verblüfft.

„Und ob ich zufrieden bin! Ich lerne unzählige Dinge, die ich früher nicht gewußt habe. Dieser Krieg ist mir ganz recht.“

„Sie glauben, daß der Krieg gerechtfertigt ist?“

„Freilich glaube ich es.“ Genosse Stankewitz schlug erregt mit der Faust auf den Labentisch. „Wir müssen siegen, verstehen Sie? Müssen die Junker schlagen. Dies hätte ich auch ohne zu dienen eingesehen —, es ist mir klar geworden, als ich sah, was sie Rußland angetan haben.“

„Aber die Revolution . . .“

„Die Revolution kann warten [illegible] noch ein bis zwei Jahre warten. Was nützt uns eine Revolution, wenn die Junker siegen? Nein, mein Lieber, erst müssen die Deutschen aus Rumänien, Rußland und Polen vertrieben werden. In der amerikanischen Armee gibt es eine Menge rumänischer und polnischer Sozialisten; der Kaiser wird sich nicht freuen, wenn er ihnen in Frankreich begegnet, darauf können Sie wetten!“

Derart ward Jimmie eine neue Dosis Patriotismus eingeflößt, und eine recht beträchtliche, denn Stankewitz war Feuer und Flamme für seine neue Ueberzeugung und ebenso propagandabeflissen, wie zu der Zeit, da er sich noch einen Internationalisten genannt hatte. Er gestattete keine abweichende Meinung, ergrimmte bei der bloßen Erwähnung jener „formelbesessenen“ Mitglieder der Ortsgruppe, die noch immer gegen den Krieg waren. „Entweder sie sind Idioten, oder sie sind Deutsche!“ Und Genosse Stankewitz war ebenso bereit, die Deutschen in Leesville wie in Frankreich zu bekriegen. Er wurde während der Debatte dermaßen aufgeregt, daß er völlig Zigarren und Zigaretten vergaß, deren er sich im Verlauf von zwei Tagen entledigen mußte. Für Jimmie war diese Umwandlung etwas äußerst Verblüffendes — nicht bloß die äußerliche, die Uniform und die Muskeln des rumänischen Juden, sondern auch seine Stellung zum Kriege, seine Loyalität dem Präsidenten gegenüber, der Amerikas Ehrenwort verpfändete und schwor, den unterdrückten, geknechteten Völkern Europas die Freiheit und eine friedliche Zukunft zu sichern.

II.

Jimmie ließ sich von Frau Meißner einen Bogen Briefpapier, Tinte und eine furchtbar kratzende Feder geben und schrieb mit großer Mühe und vielen orthographischen Fehlern an die Genossin Evelyn Gerrity, um sie seiner Teilnahme und unverbrüchlichen Freundschaft zu versichern. Er teilte ihr jedoch nicht mit, daß seine Ansichten über den Krieg schwankend geworden waren, außerdem hörten sie gleich zu schwanken auf, wenn er an Jack Gerrity dachte, gefesselt, in einer Einzelzelle; dann verlangte es ihn sofort wieder nach der sozialen Revolution. Als er den Brief in einen Briefkasten geworfen hatte, kaufte er eine Zeitung, um zu erfahren, was in Frankreich geschehe. Und ebenmals führte ihn das Kriegsfieber in Versuchung. Durch verzweifelten, wahnsinnigen Kampf war es den Engländern gelungen, den deutschen Ansturm etliche Tage aufzuhalten. Doch war Hilfe von Nöten — sofortige Hilfe, wenn die Zivilisation gerettet werden sollte. Ueber den Ozean drang der Schrei — Amerika muß Hilfe schicken, Waffen, Munition, Nahrung, vor allem aber Soldaten. Jimmies Blut geriet ins Wallen; es trieb ihn den Ruf zu beantworten, diesen verzweifelten Kämpfern zur Hilfe zu eilen, diesen in Erdlöchern kauernden, seit einer Woche Tag und Nacht ununterbrochen kämpfenden Menschen. Könnte nur Jimmie sofort zu ihnen gelangen! Wäre nur nicht das Einexerzieren von Nöten, die Unterwerfung unter einen militärischen Tyrannen! Gäbe es bloß nicht Kriegsgewinnler, korrupte Politiker — lügnerische, räuberische Zeitungen und andere Feinde der Demokratie im eigenen Lande!

Jimmie wandte seine Schritte heimwärts, da blieb sein Auge auf einem Anschlag an der Mauer des Postgebäudes haften — kühne schwarze Buchstaben schrien ihm zu: „Dein Land bedarf Deiner!“ Jimmie glaubte, es handle sich um die Freiheitsanleihe; er war bereits des öfteren aufgefordert worden, sich von seinen Ersparnissen zu trennen, doch war dies selbstverständlich stets erfolglos geblieben. Einer jähen Eingebung folgend, blieb er stehen und las den Anschlag. „Gelernte Arbeiter werden für Frankreich gesucht.“ Hierauf folgte eine lange Liste: Tischler, Klempner, Elektriker, Holzhacker, Packer, Eisenbahner, Bäcker, Köche, Kommis — so ging es weiter, fast eine ganze Seite lang. Jimmie langte bei „Maschinisten“ an und fuhr zusammen, denn neben „Motorradfahrer“ und „Motorradreparateure“. Er ballte plötzlich die Hände zu Fäusten. Eine wilde Idee durchzuckte ihn, kaum vermochte er weiter zu lesen. Weshalb sollte er nicht nach Frankreich gehen, er, Jimmie Higgins? Nichts fesselte ihn an Amerika, er war frei wie der Wind, der über den Ozean fegt! Und er suchte Arbeit, weshalb nicht dort eine Anstellung finden?

Dorthin konnte er sich an allen Abenteuern beteiligen, die großartigen Anblicke sehen, über die er soviel gelesen hatte, ohne lange exerzieren zu müssen und von einem militärischen Tyrannen schikaniert zu werden. Jimmie sah noch, was für ein Lohn geboten wurde; einundfünfzig Dollar in der Woche, außer Wohnung und Verpflegung. In der letzten Zeile stand: „Weshalb wollt Ihr nicht für Onkel Sam arbeiten?“ Jimmie war gegen diesen Onkel augenblicklich sehr milde gestimmt und beschloß, es mit ihm als Arbeitgeber zu versuchen. War denn dies schließlich nicht das Ziel jedes Sozialisten — Angestellter der Gemeinschaft, Diener des Staates, anstatt eines privaten Ausbeuters zu sein?

(Fortsetzung folgt.)

gebnis der bisherigen Ermittelungen vorhielten und ihn auch auf seine Widersprüche hinwiesen, endlich ein, die Tat verübt zu haben. Nach seinem eigenen Geständnis ist die Tat mit beispielloser Roheit ausgeführt worden. Der Sohn begab sich, gedrängt von seiner Braut, seinem zukünftigen Schwager und seiner zukünftigen Schwiegermutter, endlich für Geld zu sorgen und ausgerüstet mit einem Revolver, den diese ihm zu dem Zwecke zugesteckt hatten, auf das Grundstück seines Vaters, wo er zunächst in einem Zimmer seine Schwester antraf. Er feuerte sofort auf sie und traf sie in die Schulter. Als sie sich wieder aufraffte und händeringend rief: „mein lieber Erich, mein lieber Erich" gab er einen zweiten Schuß auf sie ab, der ihr das Herz durchbohrte. In dem anderen Zimmer stellte er die Mutter. Auch sie erhielt einen Herzschuß. Auf den hinzukommenden Vater feuerte er zwei Revolverkugeln ab, von denen die eine ihn in den Arm, die andere in den Hals traf. Der Unmensch stürzte sich sodann auf seine Opfer, würgte sie zuerst und schnitt ihnen schließlich auch noch die Kehlen durch. In seinem Blutrausch nahm er auch noch eine Axt und schlug den Leichen die Schädeldecke ein. Dann schleppte er die schrecklich zugerichteten Leichname in den Keller und warf sie die Treppe hinunter. Dann raubte er dem Vater die Brieftasche, die 471 Mark enthielt, Wäsche und Kleidungsstücke und schaffte alles unter Mithilfe der Familie Heigert nach deren Wohnung in Rauschendorf. Den Revolver versteckte er dort in einem Holzschuppen, wo er noch vorgefunden wurde. Heute sollen die Braut, deren Bruder und Mutter vernommen werden.

Zulagen für Unfallrentner auf Antrag.

Die Empfänger von Invaliden- und Witwenrente erhalten bekanntlich seit einiger Zeit eine Teuerungszulage von 20 bezw. 10 M. monatlich.

Nunmehr ist am 27. November eine Verordnung erlassen worden, nach der auch Verletzte, die eine Unfallrente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1920 statt bisher 8 M. eine Zulage von 20 M. erhalten oder besser gesagt, erhalten können. Denn diese Zulage wird im Gegensatz zu der Zulage der Invalidenrente nur auf Antrag gewährt. Voraussetzung für die Zahlung ist ferner: a) daß der Verletzte eine Unfallrente von zwei Dritteln (66⅔ Proz.) oder mehr der Vollrente bezieht; b) Tatsachen nicht die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Auch Verletzte, die mehrere Unfallrenten beziehen, von denen jede einzelne weniger als zwei Drittel der Vollrente beträgt, können diese Zulage beanspruchen, wenn die Hundertsätze ihrer Renten zusammen mindestens die Zahl 66⅔ ergeben.

Die Not unter den Unfallverletzten ist sehr groß. Wir müssen daher verurteilen, daß die Regierung die Zahlung einer Zulage erst von der Stellung eines Antrages und der Prüfung der Bedürftigkeit abhängig gemacht hat. Was bei den Empfängern der Invalidenrente als notwendig anerkannt worden ist, muß auch für die Unfallrentner gelten, zumal hier wie dort die Zulage erst gewährt wird, wenn jemand mehr als zwei Drittel seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit, daß von heute ab bis auf weiteres neben den bereits freigegebenen Abschnitten der Kohlenkarten auch die Abschnitte 3—6 der neuen Sonderkarte — Ausgabe 1919/20 —, die Abschnitte 13—14 der neuen Kokskarte — Ausgabe 1919 — beliefert werden dürfen. Vom gleichen Tage ab ist die Abgabe von Kohlen auf die Abschnitte 1—6 der alten Kochkarten, 1—6 und 9—10 der alten Ofenkarten, 1—10 der alten Sonderkarten, 1—6 der alten Kokskarten unzulässig.

Winterbeihilfen für kriegshinterbliebene Witwen, Vollwaisen und Eltern, die bereits Rente beziehen (vorläufig ausgenommen uneheliche Kinder), können beantragt werden Poststr. 5, IV zwischen 9 und 1 Uhr beim Magistratskommissar für Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, wenn das Gesamteinkommen einschließlich aller Renten der Witwen oder der Eltern 3500 M. nicht übersteigt. Für jedes Kind unter 14 Jahren werden dem Jahresverdienst 500 M. hinzugerechnet, unter 60 Jahren ohne Kinder erhalten die Beihilfen nur, wenn sie dauernd erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt sind. Der Höchstbetrag der Witwenbeihilfe ist 20 M. für die Witwen und 20 M. für jedes Kind unter 14 Jahren, zusammen aber höchstens 100 M. für Familie und Monat. Die Winterbeihilfe wird jetzt für 3 Monate rückwirkend vom 1. Oktober ab ausgezahlt. Die Abfertigung soll nach den Anfangsbuchstaben des Namens der sich meldenden Hinterbliebenen vom 27. November bis 10. Januar nächsten Jahres werktäglich erfolgen.

Bücherausstellung. Freie sozialistische Jugend Groß-Berlin. Geöffnet tägl. 4—7 Uhr, bis zum 22. Dezember, im Jugendheim, Alte Jakobstraße 136, v. I. Reichhaltige Auswahl an sozialistischer Literatur, insbesondere Jugendschriften und Unterhaltungsliteratur. Bestellungen jeder Art werden entgegengenommen.

Bildungsausschuß Tempelhof. Mittwoch nachmittag 3 Uhr im Lokal Beith, Dorf- Ecke Berliner Straße: Märchennachmittag. Rezitator und Vortragskünstler Emil Kühne. Kinder 25 Pf., Erwachsene 50 Pf. Eintritt.

Bildungsausschuß, Lichtenberg. Anmeldungen zur Osterjugendweihe nimmt jeder Funktionär oder Oswald Preißer, Heinrichstraße 1a, direkt entgegen. Die in der Ausstellung gekauften Bücher sind vom Sonnabend, den 20. bis Dienstag, den 23. Dezember, abends 7—9 Uhr (Sonntag von 4—7 Uhr), im Jugendheim, Dossestraße 22, part., abzuholen.

Märchennachmittags in Neukölln. Die für die Aula Boddinstraße am Mittwoch vorgesehene Märchenvorlesung findet nicht dort, sondern in den Stern-Lichtspielen, Hermannstr. 49, statt.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Bis Montag, den 22. Dezember 1919, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 152., 162., 164., 172., 188., 189. und 245. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Filialen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gr. Käse verteilt.

Steglitz. Woche vom 15. bis 21. Dezember: Speisefett, Butterkarte (50), 20 Gramm Butter 28 Pfg., Einfuhrkarte (E. 22), 70 Gramm Margarine 84 Pfg. und 130 Gramm Extra-Margarine 1,56 Mk. Anmeldung vom 15. bis 17. Dezember: 125 Gramm Teigwaren (Groß-Berliner Lebensmittelkarte 106 zu 0,17 Mk.), 125 Gramm Haferflocken (107) zu 0,16 Mk., 125 Gramm Suppen (105) zu 0,24 Mk. 250 Gramm Maismehl (109) zu 1,46 Mk. Für werdende Mütter Nährmittel, Abschnitt 26 der Bezugskarte, für Jugendliche Nährmittel Abschnitt 47 der Jugendlichenkarte, für Kinder 1—6 Jahre alle Karten. Verkauf vom 18. bis 20. Dezember: 150 Gramm ukrainisches Weizenmehl (Rote Steglitzer Karte 58), 125 Gramm Kunsthonig (Rote Steglitzer Karte 60), 1 Dose Malzextrakt für Kinder von 8 bis 12 Jahren. Für Kriegsbeschädigte (30 Proz.): vom 15. bis 24. Dezember: Verteilung von: 1000 Gramm Haferflocken zu 1,24 Mk., 1000 Gramm Weizengrieß zu 0,96 Mk.

Spandau. Die Herausgabe der Milchkarten für Kinder für Monat Januar findet wie folgt statt: Im Stadtgebiet Brotkartenausgabestelle Rathaus, Zimmer 125, 127, 128, und zwar Anfangsbuchstaben A—K am Mittwoch, den 17. Dezember, L—Z am Donnerstag, den 18., A—Z am Freitag, den 19., E—Z am Sonnabend, den 20., für die Stadtteile Siemensstadt und Haselhorst im dortigen Magistratsbureau, und zwar A—L am Mittwoch, den 17., und M—Z am Donnerstag, den 18. — Gegen Abtrennung von Feld 85 der Jugendlichen-Lebensmittelkarte kann an den Tagen reichlicher Milchzufuhr außer in den hiesigen Molkereien und Milchverkaufsstellen auch in sämtlichen städtischen Milchwagenbestellen (früher Bolle'sche Läden) von 2—5 Uhr nachmittags ½ Liter Vollmilch bezogen werden.

Aus den Organisationen.

Funktionärinnen-Konferenz der U. S. P. D. Mittwoch, den 17. Dezember, abends 6 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstr. 5. J. A.: M. Wengels. M. Wurm.

8. Distrikt. Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Lyzeums, Greifswalder Straße 24/25: Berichterstattung vom Parteitag.

10. Distrikt, 4. Abt. Mittwoch abend 7 Uhr Versammlung in der Hecker'schen Realschule, Weißenburger Straße 4a. Vortrag über Gewerkschaften und Rätesystem. — Am Donnerstag in derselben Aula öffentliche Frauenversammlung für den gesamten Distrikt.

12. Distrikt. Mittwoch abend 7 Uhr in der Schulaula Poppelallee 41/42, Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag. Delegiertenwahl.

Oberschöneweide. Dienstag abend 7½ Uhr öffentliche Versammlung in der Aula des Realgymnasiums. Vortrag des Herrn Dr. Wittschat von der Humboldt-Hochschule.

Tegel. Mittwoch abend 7 Uhr in der Aula Treskowstraße Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Vortrag: Betriebsorganisation oder Gewerkschaft.

Schmargendorf. Mitgliederversammlung heute abend 7½ Uhr im Schützenhaus. Thema: Die Deutschnationalen und wir.

Lichtenberg. Heute Dienstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Parkaue. Berichterstattung vom Parteitag. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Vereinskalender.

Deutscher Musikerverband. Dienstag, den 16. Dezember, vormittags 10½ Uhr, Versammlung der Ensemble-Vertrauensleute aller Gruppen. Donnerstag, den 18. Dezember, vormittags 10½ Uhr, Versammlung aller in Cafés beschäftigten Musiker. Sonnabend, den 20. Dezember, vormittags 10½ Uhr, Versammlung aller in Hotels und Restaurants beschäftigten Musiker. Die Versammlungen finden im Musikervereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, statt.

Achtung! Tiefbau. Mittwoch, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, Versammlung sämtlicher Ob- und Vertrauensleute, Schlegelstraße 9, bei Dams. Der Einberufer.

Zentralverband der Fleischer. Versammlung der Verkäuferinnen und Ladengesellen heute abend 8 Uhr, „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11.

Am. Nord, Spandau. Arbeiterräte, Vertrauensleute! Sitzung Dienstag, den 16. Dezember, nachmittags 4 Uhr, Zionskirchstr. 8.

Berichtigung. Die Versammlung des Arbeiter-Elternbundes, Ortsgruppe Lichtenberg, findet am Mittwoch, den 17. Dezember, nicht statt.

Freie soz. Jugend, Gruppe SO. Dienstag, den 16. Dezember, morgens 9 Uhr. Treffpunkt zum Kirchenaustritt am Görlitzer Bahnhof (Rettungswache).

Freie soz. Jugend, Gruppe Osten. Heute Dienstag, den 16. Dezember, abends ½8 Uhr, im Lokal von Seums, Königsberger Straße 9, Gruppenabend.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Preiswerter Schuhverkauf
für Herren, Damen u. Kinder
in grosser Auswahl
Schuhhaus Erich Leiser
Große Frankfurter Straße 102, 1. Stock, am Strausberger Platz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9 bis 4 Uhr. :: Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!
Mitglieder der mittleren Ortsverwaltung!
Gemeinschaftliche Sitzung
der mittleren Ortsverwaltung und des Vorstandes
am Mittwoch, den 17. Dezember 1919, abends 7 Uhr,
im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.
Eingeladen sind ferner hiermit die Obleute der Betriebe, in denen für die Mitglieder der Freien Gewerkschaften verschiedene Listen aufgestellt sind, insbesondere die Obleute der Firmen:
Siemens, A. E. G., Borsig, Maschinenfabrik Oberschöneweide.
Die für die Aufstellung der Listen verantwortlichen Kollegen bitten wir mitzubringen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. — Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, 17. Dezember 1919, abends 5 Uhr,
Vertrauenspersonen-Versammlung
im Saal der „Odd Fellow Loge", Alte Jakobstraße 128.
Tagesordnung:
Die Teuerungszulagen für Berlin.
Aus jeder Buchdruckerei muß eine Vertretung erscheinen.
Der Ortsvorstand: J. A.: Otto Gloth.

Schnellaufbohrer, neue, sowie Schmirgelscheiben, Naturstahl, kauft höchstzahlend jeden Posten Henschel, Moabit, Rostocker Straße 32, Ecke Wittstocker Straße.

Spiralbohrer, Reibahlen, Feilen, Naturstahl, Schmirgelscheiben und Fräser kauft jeden Posten Industrie-Bedarf, Lichtenberg, Margaretenstraße 13, Tel. Alex. 52..

Ortsverein U. S. P. Neukölln.
Mittwoch, den 17. Dezbr., abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im großen Saal bei Kliem, Hasenheide.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitag. — 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Erscheinen aller Pflicht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Bureau: Berlin SO. 16, Rungestr. 30.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 10023 und 8578

Achtung! Parkettleger und Bohner.
Heute (Dienstag), den 16. Dezember 1919, abds. 6½ Uhr, Rungestr. 30 (Arbeitslosensaal),
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.

Einsendungen für das Mitteilungs-Blatt.
Für die Nummer 52, welche am Sonnabend, den 27. Dezember 1919 erscheint, müssen alle Einsendungen bis Donnerstag, den 18. Dezember, abends im Büro sein, da sonst die Aufnahme in Frage gestellt ist. Die Ortsverwaltung.

K. P. D.
Oeffentliche Versammlung
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 6½ Uhr, Schulaula, Greifswalder Straße 24/25.
Thema: Was wollen die Kommunisten?
Diskussion. Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Donnerstag, den 18. Dezember 1919, abends 7 Uhr:
Branchen-Versammlung
sämtlicher Schmiede und Hammerschmiede Groß-Berlins
in Böters Festsälen, Weberstraße 17.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Differenzen in unserer Branche. 2. Diskussion.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Möbel
liefert gegen bar und auf Teilzahlung zu mäßigen Preisen.
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.
Sonntag, den 21. Dezember, bis 6 Uhr abends geöffnet.

Metallebedeutende Preiserhöhung!
Platin!
Zahngebisse, Zahn bis 75.— Mark
Gold, Silber, Münzen
salpeters. Silber
Quecksilber / Glühstrumpfasche / Stanniolpapier / Tressen
Kupfer / Rotguß / Messing
Zinn / Nickel / Weißmetall
Aluminium / Blei / Zink
höchstzahlend
Edelmetall - Einkaufsbüro
Weberstrasse 31
(Alex. 4345)

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten,
kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str.
Wilh. 670.

Sekt
garantiert mit Zucker, nur bekannte Marken.
Kognak Weinbrand, franz. Kognak, feine Tafelliköre mit Zucker, Portwein, Malaga, österreich. Süßweine, Rhein-, Rot- u. Bordeauxweine offeriert zu billigsten Tagespreisen
Weingroßhandlung Bernhard Brauer,
Berlin SW 68, Friedrichstr. 207.
Amt Zentrum 840.
Filiale: Invalidenstr. 111, Ecke Chausseestraße.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3705 und 8518.

Kupferleitungen
elektr. Kronen u. sämtl. Installationen kauft Bartelt, Riemannstr. 9, Telefon Königstadt 2018.
Elektr. Anlag. werden reell u. schnell ausgef.

Wir kaufen
laufend sämtliche rohen Felle und zahlen für gute Kanin 5 Mark pro Stück, evtl. auch noch mehr.
Pitschpatsch & Co.
Wallstraße 21/22.

Damenreisepelzmantel, hochelegant, schwarze, schwere Seide, mit echtem Rottehfutter und echtem Nerzkragenbesatz. Fabelhaft billig. Echter Sealbisamdamenmantel, echt. Maulwurfdamenmantel, echter Sealelektrikdamenmantel, echte Damenpersjacke, dazu passender Nerzmuff. Damenpelzfutter. Gelegenheitskäufe viel. and. Waren. Friedrichstr. 43, I.

Achtung!
Nähseide — Garn
kauft zu staun. hohen Preisen
Bendiner,
Lietzmannstr. 19 I.

Rosenthal.
Unser Bote Gustavus, Linden-Allee 18, hat am Sonntag, den 7. d. Mts., auf dem Wege der Kaserne seine lederne Brieftasche mit über 100 Mk. Inhalt und wertvolle Papiere verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbige gegen hohe Belohnung abzugeben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Ernst Köhler
am 12. d. Mts. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäuskirchhofes, Weißensee, Falkenberger Straße, statt.
Die Bezirksverwaltung.

Am 12. Dezember 1919, mittags 12 Uhr, verschied im Alter von 62 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender, guter Vater, der Drechsler **Gustav Kliem.**
Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen Therese Kliem, geb. Rabold.
Lichtenberg, Frankfurter Allee 210.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 18. 12., nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Allen Freunden und Bekannten d. traurige Nachricht, daß uns. liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante
Fr. Karoline Lehmann,
geb. Kemp, am 12. Dez. im 83. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am 16. Dez., nachm. 3 Uhr, auf dem St. Bartholomäus-Friedhof in Weißensee, Falkenberger Straße statt.
Hugo Lehmann, Anna Scheuerbrandt geb. Lehmann, Otto Lehmann und Frau nebst Enkelkindern.

6. Distrikt, 1. Abteilung, 342. Bezirk.
Am 13. Dezember verstarb unsere langjährige Genossin
Anna Prittmann,
Tilsiter Straße 78.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Dez., nachm. 2½ Uhr, auf dem Friedhof Weißenseer Weg statt.
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Bestattung unseres lieben, guten Bruders
Josef
sagen wir allen Trauergästen unseren innigsten Dank. Insbesondere den Mitgliedern des Ortsvereins Berlin des Verbandes für Volksgesundheit und den Mitgliedern der U. S. P. Ebenso für die Kranzspenden. Auch müssen wir unseren innigsten Dank aussprechen für die tiefempfundenen Worte des Herrn Dupont von der Freireligiösen Gemeinde und des Herrn Hauptmann von dem Verband für Volksgesundheit und auch den Herren Gilbert und Plage von der U. S. P. für die trostreichen Worte an dem Sarge unseres unvergeßlichen Bruders.
Geschwister Tröschel.

6. Distrikt, 1. Abteilung, Bezirk 342.
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Lagerhalter
Hermann Albrecht,
Mirbachstraße 12,
verstorben ist.
Die Beerdigung hat am Montag, den 15. Dez., auf dem Friedhof in Ahrensfelde stattgefunden.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 12. December verstarb nach kurzem Krankenlager unser alter Parteifreund
Franz Ziemann.
Ehre seinem Andenken!
Die Genossen des 726. Bezirks, 15. Distrikt.

Christbaumlichte
Schlager für Händler
Osterloh, Invalidenstr. 131 a.

Inserate
für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.